

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 148 SONNTAG, 12. April 1936

Aus dem Inhalt:
Der große Wahlbetrug
Sorgen um die Aufrüstung
Deutsch-polnische
Verstimmungen
Arische Riesenkorruption

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Hitler geht aufs Ganze

Europa in größter Verwirrung

Die Internationalen Verhandlungen haben in Genf wieder begonnen. Die Lage ist verworrener als jemals zuvor. In der gegenwärtigen großen Krise trifft alles zusammen, was in den letzten Jahren an kritischen, die Stabilität in Europa störenden Momenten aufgetreten ist. Die Schleier sind von den Dingen gezogen, hinter den Ideologien treten die harten Realitäten des Machtkampfes hervor. Der Sinn von Hitlers außenpolitischem Vorstoß war, wie hier von Anfang an gesagt wurde, die Erringung der Vorherrschaft in Zentral- und Osteuropa. Die Befestigung der Rheinlandzone soll das Eingreifen Frankreichs und Englands verhindern, wenn Hitler im Osten vorgehen will.

Worin bestand bisher die Gegenaktion der Westmächte gegen das deutsche Hegemoniebestreben? Sie haben bisher versucht, Hitler zur Rückgängigmachung oder wenigstens zur Abschwächung der Rheinlandbesetzung zu bewegen. Die deutsche Antwort war eine Abweisung dieses Verlangens, England hat darauf die Garantie der französisch-belgischen Grenze im Falle eines nichtprovokierten Angriffs Deutschlands erneuert. Diese Garantie ist dadurch verstärkt, daß trotz des Widerspruchs Hitlers die Generalstabsbesprechungen zwischen England und Frankreich jetzt aufgenommen werden. England ist auch noch einen Schritt weiter gegangen. Es hat zugesagt, daß im Falle des endgültigen Scheiterns der Verhandlungen mit Deutschland über eine neue europäische Friedensorganisation sofort neue Verhandlungen zwischen England einerseits, Frankreich und Belgien andererseits über die gegenseitige Garantie der Grenzen gegen einen deutschen Angriff stattfinden sollen. Es ist wahrscheinlich, daß Italien, das bisher infolge des abessinischen Konflikts äußerste Zurückhaltung übt, sich dem englischen Vorgehen anschließt. Aber mit dieser Aufrechterhaltung der Locarnogarantien für Frankreich und Belgien ist ja das wirkliche Problem — eben die Befestigung der Rheinlandzone mit all ihren weittragenden Folgen — noch nicht einmal berührt. Was wird nun weiter geschehen?

Die deutsche Antwort vom 1. April läßt an Hitlers Absichten keinen Zweifel. Sie lehnt jedes Entgegenkommen ab; es bleibt bei der Rheinlandbesetzung und die deutsche Regierung würde höchstens für einen Zeitraum von vier Monaten, in dem die neuen, von ihr vorgeschlagenen Nichtangriffspakte abgeschlossen werden könnten, auf eine Verstärkung der im Rheinland befindlichen Truppen, unter Voraussetzung eines gleichen Verhaltens der belgischen und der französischen Regierung, verzichten. In bezug auf die Befestigungen übernimmt die offizielle Antwort überhaupt keine Verpflichtungen, und nur mündlich hat Herr Ribbentrop dem Staatssekretär Eden versichert, daß die Anlage der Befestigungen viel längere Zeit brauchen würde, als die vier Monate, in denen die deutschen Friedensvorschläge angenommen werden sollen.

Die Vorschläge sind im übrigen die gleichen, die Hitler in seiner Reichstagsrede gemacht hat: fünfundzwanzigjähriger Sicherheitspakt zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits unter englischer und italienischer Garantie, sodann Abschluß von einzelnen Nichtangriffspakten mit den Nachbarn Deutschlands an seiner Südost- und Nordostgrenze; Wiedereintritt in den Völker-

bund und Bereitschaft zum Abschluß eines Rüstungsabkommens.

In eine Kritik der deutschen Vorschläge nochmals einzutreten, erübrigt sich. Der Zweck, sich im Osten freie Hand zu sichern, liegt ja offen zu Tage. Zunächst ist von dem Angebot, Nichtangriffspakte abzuschließen, Rußland ausgeschlossen. Dann bedeutet der Abschluß von Nichtangriffspakten des mächtigen Deutschlands mit jedem einzelnen seiner schwachen Nachbarn nicht nur viel weniger als der Kelloggspakt, sondern auch viel weniger als bisher der Völkerbundspakt an Schutz für den Angegriffenen garantierte. Denn nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund würde Deutschland allein oder mit Hilfe seiner Bundesgenossen darauf rechnen können, die Feststellung des Angreifers jedesmal zu verhindern und damit den Angegriffenen des kollektiven Schutzes durch die Völkerbundmitglieder zu berauben. Die Nichtangriffspakte wären also schon rein rechtlich selbst gegenüber dem bisherigen Zustand ein Rückschritt; aber wer zweifelt daran, daß Hitler in jedem Falle stets der Angegriffene sei, daß nie er, sondern der jeweilige Gegner den Pakt gebrochen haben wird? Und da Hitler nach seinen eigenen Äußerungen nie einen anderen Richter anerkennt als das von ihm selbst bestimmte souveräne Recht der deutschen Nation, so ist der mit solcher Reklame angepriesene konstruktive Teil des Friedensangebotes ein wirklicher Hohn auf jede ernste Friedenssicherung.

Dasselbe gilt von dem Angebot eines Rüstungsabkommens. Der schwache Punkt der deutschen Machtpolitik ist heute vor allem der ungenügende finanzielle und wirtschaftliche Unterbau. Es ist kein Zufall, daß alle Mitteilungen über die Ausgaben radikal unterdrückt werden. Eben hat das deutsche Volk erfahren, daß das Kabinett den neuen Etat für das am 1. April beginnende Rechnungsjahr pünktlich verabschiedet hat, aber über den Inhalt erfährt es kein Wort. Deutschland ist das einzige Land in der Welt ohne Budget. Selbst das faschistische Italien veröffentlicht — und dazu in einem Kriegsjahr — seinen Etat.

Und mögen auch die Ausgaben für die Rüstung und den Krieg nur unvollständig oder auch irreführend sein, so werden doch eben die Angaben gemacht. Nur die Hitlerdiktatur unterbindet völlig jede Kontrollmöglichkeit, und höchstens aus Verordnungen über neue Steuererhöhungen werden die Untertanen erfahren, daß die Rüstungsausgaben immer noch wachsen.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind also die einzigen, die die Diktatur mit Besorgnis erfüllen. Deshalb könnte Hitler nichts günstigeres passieren, als daß er ein Rüstungsabkommen erhält, das seine militärische Überlegenheit stabilisiert (ein anderes würde er nicht schließen) und ihm die finanzielle Ruhepause bringt, deren er so dringend bedarf. Es gibt ja überhaupt in dem deutschen Friedensangebot keinen einzigen Punkt, dessen Erfüllung nicht eine Stärkung der deutschen Machtpolitik und eine Erleichterung des künftigen deutschen Angriffs bedeutet. Die Machtpolitik hat eben ihre eigene Logik.

Wie verhalten sich demgegenüber die Weltmächte? Frankreich fordert eine neue Zusammenkunft der Locarnomächte. Diese findet jetzt in Genf statt zusammen mit der Tagung des Achtehner-Ausschusses, der über den abessinischen Konflikt beraten soll. Frankreich wird den Versuch erneuern, England für eine Verhinderung der Rheinlandbefestigung zu gewinnen. England sucht aber Zeit zu gewinnen und will die Tür zu Verhandlungen mit Deutschland auf alle Fälle offenhalten. Um die Wirkung, die das Friedensangebot Hitlers auf einen Teil der englischen pazifistischen öffentlichen Meinung ausübt, abzuschwächen, macht Frankreich gleichzeitig einen Gegenvorschlag, der die kollektive Sicherheit durch den Völkerbund verstärkt und Rußland mehr als bisher in ein neues europäisches Friedenssystem einbezieht.

Man sieht, der Gang der Ereignisse wird auch in nächster Zeit durch das Verhalten Englands bestimmt. Bisher sind die Westmächte auf die Stelle getreten, während Hitler gehandelt hat. Hitler wird auch die Zwischenzeit benut-

zen, um, während die anderen beratschlagen, den Festungsbau möglichst voranzutreiben.

Gelingt ihm das, so kann ihm das spätere Schicksal seiner oder der französischen Sicherheitspläne ziemlich gleichgültig sein. Es geht ja nur um die sehr einfache, aber auch sehr bedeutsame Machtfrage der Befestigung. Wird die englische Politik sie zu seinen Gunsten entscheiden?

Unterdessen hat sich neuer Zündstoff aufgetaut. Die italienischen Siege über die aller modernen Waffen ermangelnden Abessinier haben die Ansprüche Italiens gesteigert und ihr Vormarsch hat sie bis an den Tana-See, an das Quellgebiet des Blauen Nils, gebracht. In Afrika und in Europa zugleich fällt das italienische Gewicht nunmehr stärker in die Waagschale. Englands Abessinienpolitik ist in eine schwierige Lage gekommen.

Oesterreich hat nach deutschem Vorbild die allgemeine Wehrpflicht proklamiert, ein neuer Vertragsbruch, sehr unbequem in dem Augenblick, in dem die Aufrechterhaltung der Verträge gewahrt bleiben soll. Oesterreichs Vorgehen muß aber das ungarische nach sich ziehen, und durch die ungarische Aufrüstung fühlt sich die kleine Entente noch mehr bedroht als durch die österreichische. Die Lage in Mitteleuropa verschärft sich also im gleichen Augenblick, in dem Hitlers Vorgehen schon ohnedies ernste Gefahren heraufbeschworen hat.

Englands Politik hatte seit Kriegsende bis jetzt mit dogmatischer Starrheit das Ziel verfolgt, Verpflichtungen über den Schutz der französischen und der belgischen Grenze hinaus unter allen Umständen zu vermeiden. Hitler hat England jetzt vor die Entscheidung gestellt, ob es an diesem Ziel noch länger festhalten kann, ohne ihm die Macht über Mittel- und Osteuropa auszuliefern, nach deren Erlangung nicht nur Frankreich, sondern auch England direkt bedroht wäre. Das macht die Entscheidung für England so schwer und läßt es nach immer neuen Kompromissen suchen. Hitler aber geht aufs Ganze...

»Wahlen« in Hamburg

Lieber Lohn als Hitlerworte — Unruhe bei Blohm & Voß — Luftschutz und Wahlarbeit — Wunder der Stimmenzählung.

Hamburg, Anfang April.

Vor der Wahl: Werkerversammlung bei Blohm & Voß. Am Freitag, dem 27. März, nachmittags, hörte bekanntlich ganz Deutschland des Führers Rede aus der Kruppischen Lokomotivhalle in Essen. Bei Blohm & Voß hatte die Werkleitung am Tage vorher durch Anschlag das Programm für die »Federe« bekanntgemacht: 1. Musikvorträge der Werkkapelle, 2. Ansprachen: a) Direktor Staatsrat, M. d. R. Blohm, b) Habedank, c) Reichstatthalter Kaufmann, d) der Führer am Mikrophon. Aus diesem Anlaß allgemeiner Arbeitsschluß schon 15.20 statt 18 Uhr. Lohnzahlung nach der Führerrede. Nachmittags gegen 16 Uhr stauten sich die Massen (das Werk beschäftigt z. Zt. zirka 8500 Mann) vor der »Federhalle«. In der Halle nur einige treue Seelen. Die Feder beginnt. Es reden Blohm, Habedank, Kaufmann. Die Massen stehen noch demonstrativ vor der Halle. Der Führer beginnt zu reden. Da setzen sich

die Massen in Bewegung in Richtung auf die Lohnauszahlungsschalter beim Ausgang. Hier verharren sie in aufgeregter Stimmung. Die Unruhe wird immer größer, als bekannt wird, daß auch die im Flugzeugbau beschäftigten Schichtarbeiter, deren Schicht um 15 Uhr beendet war, nicht aus dem Betrieb gelassen wurden und noch um 16¼ Uhr auf ihren Wochenlohn warteten. Erst vereinzelt, dann stärker und endlich im Sprechchor rufen sie: wir haben Hunger, wir wollen unseren Lohn haben. Einige Amtswalter in Uniform rasen heran, doch die Massen rufen weiter: wir haben Hunger. Es geschieht ihnen nichts. Um 17¼ Uhr werden die Lohnschalter geöffnet.

Die Wahl: Mit allen nur denkbaren Mitteln des individuellen Terrors wurden die Wähler an die Urne gebracht und ihre Stimmabgabe beeinflusst. Schwer kranke, vor Schmerzen schreiende Frauen hat man herausgeschleppt. In den Krankenhäusern und Stiften wurden die Kreuze in die Stimm-

zettel gesetzt — von den Wahlhebern. Zum größten Teil waren die Wahlboxen so aufgestellt, daß man bequem vom Tisch aus in die Box sehen konnte. Ein bis ins kleinste organisierter Schleppdienst sorgte für Belegung der Treppenhäuser. Schon ab 13 Uhr kamen die Hitlerjungen etc. an die Türen. Die gesamten Luftschutzkräfte waren mobilisiert. Jeder Luftschutz-Hauswart erhielt ein Merkblatt für seine — Wahlarbeit. Er hatte »eine« Hausbewohner anzuhalten und zu überwachen, damit sie auf jeden Fall ihrer Wahlpflicht genügen. Waren alle Hausbewohner zur Wahl, hatte der Luftschutz-Hauswart an der Haustür ein rotes Plakat mit der Aufschrift: »In diesem Haus hat alles gewöhnt« anzubringen. Man sah aber viele Häuser ohne Plakat.

Nach der Wahl: Man sah in Hamburg viel lachende Gesichter; vor Verblüffung oder aus Ironie. Überall, wo jemand eine Zeitung in der Hand hielt mit dem Wahlergeb-

Schatten über der deutsch-polnischen Freundschaft

Hitlergruß- und Hakenkreuzverbot im Schlesischen Sejm gefordert

Aus Polen wird uns geschrieben:

Zu einem bemerkenswerten Zwischenfall kam es bei den Budgetberatungen im schlesischen Landtag, wo ein Regierungsabgeordneter, Kubik, die kategorische Forderung erhob, den Hitlergruß und das Tragen des Hakenkreuzes zu verbieten, damit es gegen die dauernden Provokationen der gleichgeschalteten deutschen Organisationen nicht zur Selbstabwehr der polnischen Bevölkerung komme.

Seitdem in Polnisch-Schlesien eine geheime Nationalsozialistische Arbeiterbewegung nach reichsdeutschem Muster von den polnischen Behörden liquidiert worden ist, ist die Stimmung gegen Deutschland umgeschlagen. Aus den Grenzgebieten Polens, die an Deutschland anschließen, wird berichtet, daß die polnischen Organisationen sich gegen die Außenpolitik Beck's wenden, dessen Deutschfreundlichkeit als eine Gefahr für Polen angesehen wird. Seit Wochen sind die Organisationen des Regierungslagers bemüht, in öffentlichen Versammlungen Forderungen zu erheben, daß Deutschland seine Transitschulden bezahlen möge, vor allem aber, daß mit den Provokationen der Hitlerorganisationen Schluß gemacht werde, die zu einer Landplage geworden sind. Insbesondere werden heftige Proteste erhoben, daß die deutschen Organisationen bei verschiedenen Anlässen offen das Hakenkreuz, sei es auf Fahnen, Armbinden oder Kranzschleifen, zur Schau tragen, als wenn es sich um Propagandamärche im Dritten Reich handeln würde.

Es ist auch bekannt, daß der schlesische Wojewode den deutschen Generalkonsul in Kattowitz auf die Gefahr aufmerksam machte, was es für Folgen haben kann, wenn die Deutschen in dieser Art ihre Hitlerfreundlichkeit zum Ausdruck bringen. Wie es heißt, hat dann der deutsche Generalkonsul seine

befreundeten »Führern« zu verstehen gegeben, daß im Interesse der deutsch-polnischen Verständigung öffentliche Demonstrationen der Hitlerorganisationen zu unterbleiben haben. Daraus geht hervor, daß auch die polnischen Behörden bereits wissen, daß die Nazibewegung in Polen von reichsdeutschen Stellen geleitet wird.

Die Proteste der polnischen Regierungsorganisationen richten sich ferner in aller Schärfe gegen die Unterdrückung der polnischen Minderheit in Deutschland, der man nicht einen einzigen Abgeordneten zum Reichstag zubilligte, während polnische der deutschen Minderheit zwei Senatoren zugestanden worden sind, die die Interessen der deutschen Minderheit in der Volksvertretung wahrnehmen können.

Jedenfalls spitzen sich die Verhältnisse zwischen Deutschen und Polen im Grenzgebiet zu und man hat den Eindruck, daß die polnischen Behörden sich gegen die »Hitlerokkupation« der gleichgeschalteten deutschen Minderheitsorganisationen entschieden zur Wehr setzen wollen. Die deutsch-polnische Verständigung, so wird im Lager der Regierungsorganisationen in Schlesien behauptet, wird von Deutschland dazu ausgenutzt, um die polnische Staatsautorität zu untergraben und eine Stimmung zu schaffen, die Hitler dann berechtigen soll, nach Ablauf der Genfer Konvention über Oberschlesien eine neue Volksabstimmung zu fordern, was durch die Flüsterpropaganda auf 1937 festgesetzt wird.

Um den Weltfrieden!

In einer Reihe der Publikationen der von Lord Cecil ins Leben gerufenen »Weltvereinigung für den Frieden« erschien eine Broschüre in deutscher Sprache. Sie enthält eine Uebersicht über die bisherige Zusammen-

fassung der mächtigsten friedliebenden und völkerbundfreundlichen Organisationen und einen Ausblick auf den für nächsten September vorbereiteten »Weltkongreß für den Frieden«, der nach dem Beispiel des englischen »Peace-Ballot«, für das über 12 Millionen Engländer freiwillig votierten — die Millionenmassen aller friedliebenden Völker zu aktivieren, organisierter Unterstützung der Friedenspolitik mobilisieren und vertreten wird. Zu diesen Absichten äußern sich in der vorliegenden Schrift zahlreiche Staatsmänner wie u. a. Edouard Herriot, Major Attlee, der Führer der Labour Party, Manuel Azana, Spaniens Ministerpräsident, Salvador de Madariaga, Präsident des Fünfer- und Dreizehner-Komitees des Völkerbundes. Die Bildung des tschechoslowakischen Komitees mit Eduard Beneš und Ministerpräsident Hodža an der Spitze wird bekanntgegeben. Groß ist auch das Interesse der kirchlichen Organisationen, die sich der Initiative der für die Weltfriedensbewegung eintretenden Erzbischöfe von York und von Canterbury anschließen; nicht minder wichtig sind schließlich auch die im Namen von 42 Frontkämpferorganisationen, die Millionen von Frontkämpfern vertreten, abgegebenen begeisterten Zustimmungserklärungen; sie folgen geschlossen dem Beispiel des General Poudroux, der sich mit Pierre Cot an die Spitze des französischen Komitees gestellt hat. Von Persönlichkeiten der Sozialistischen Arbeiterinternationale haben u. a. die Genossen de Brouchère, Camille Hoysmans, Grumbach, Albarda, Engberg, Dr. Dalton, R. N. Baker, Soukup, Jaksch, Breitscheid und Stampfer ihre Mitarbeit zugesagt. Das inliegende Heft enthält Beiträge von Stampfer und Heinrich Mann.

Eckener macht nicht mit

Sein Name wird mit dem Baun belegt.

Diesmal gesellt sich zu den namenlosen Opfern der deutschen »Wahlfreiheit«, zu den ertappten Neinsagern ein Mann, der durchaus nicht namenlos, der vielmehr in allen Ländern und Erdteilen bekannt ist — Dr. Eckener, der Präsident der Zeppelin-Gesellschaft, der Vorkämpfer des deutschen Luftschiffbaus. Er, der ehemals der demokratischen Partei angehörte, ist in Ungnade gefallen, weil er sich nicht erpressen ließ, weil er den Wahlmanövern unzugänglich zu verstehen gab, daß er die in allen Zeitungen und Reden zugesicherte Freiwilligkeit des Führerbekanntnisses für sich in Anspruch nehme und daß es sein freier Wille sei, sich nicht zum Führer zu bekennen. Während Hunderte von deutschen Prominenten landauf und -ab, Männer der Bühne und des Films, Männer der Kanzel und der noch immer so genannten deutschen Wissenschaft, ihr Werbeprospekt zu Papier brachten und sich so — sei es auch zirkelnähernd — für das verlogene und verunreinigte aller Wahlmanöver einsetzten, schickte Eckener die braunen Autogrammsammler mit leeren Händen nach Hause; während der Name des deutschen Diktators an allen Anschlagtafeln, Häuserfronten und Kneipenschildern prangte, während er von Lautsprechern und Chören durch die Städte gebüllt wurde, taufte Eckener das neue Luftschiff L. Z. 129 auf den Namen — Hindenburg, obgleich von Göbbels die Marke »Adolf Hitler« befohlen worden war; während alle Trommelfelle unter dem Adolf-Hitler-Gesohr der Vorwahltag schmerzhaft tuckten, trank man sich bei dem Presse-Dejeuner in Friedrichshafen mit »Heil Deutschland!«; während das ganze Reich mit Wahlschildern und Wahlzetteln zugedeckt war, ließ Eckener die Wahlplakate aus dem Hangar des neuen Luftschiffes entfernen, und die wahlzeitgemäßen Reklameflüge beider Luftschiffe geschahen gegen seinen deutlich zum Ausdruck gebrachten Willen.

Das Sündenregister ist in der Tat lang genug, und in Berlin reagierte man entsprechend. Wie — ein Mann, der nicht katzenbuckelt, ein Mann, der nicht kuschelt, ein Mann, der Rückgrat zeigt? Sein Name — so ordnete Göbbels an — darf im Zusammenhang mit den Zeppelinflug in der deutschen Presse nicht genannt, sein Bild darf nicht veröffentlicht werden. Wenn man den Vorkämpfer des deutschen Luftschiffwesens auch nicht gut totschlagen kann — die Augen der Welt sind auf ihn gerichtet — so kann man ihn doch

totschweigen, vielleicht hilft das. Aber siehe — es hilft offenbar auch nichts. Die ganze Geschichte kam nicht nur in die Auslandspresse, sie wird auch im Dritten Reich von Mund zu Mund geflüstert, wobei kein Zweifel besteht, auf wessen Seite die Sympathie ist.

Eckener hat sich in der Zeit vor Hitlers Machtantritt offen zur Demokratie bekannt, und daß er bei der Landung des Zeppelins in Amerika den Interviewern versicherte, er sei eben »kein Politiker«, wird den Obermufti zu Berlin kaum milder stimmen. Auch bei einem derart verdienten Luftfahrer darf es allerhöchster Ansicht nach nicht geschehen, daß er die Welt aus der Vogelstanz der braunen Froschperspektive sieht und daß ihm dabei allerhand auffällt, was den in der Masse eingekerkerten verborgen bleibt. Möglich auch, daß Eckener, wenn wiederum ein Jude mißhandelt, zu Unrecht ins Zuchthaus geworfen, seines Vermögens beraubt wird, gelegentlich an den ehemaligen Chefkonstrukteur in den Zeppelinwerken, an den Mitarbeiter beim Bau des Amerikazeppelins ZR III, an den Juden Karl Arnstein denkt, dessen Verdienste um den deutschen Zeppelinbau unbestritten sind und an den zu denken deshalb strafbar ist.

Was Eckener tun und in welcher Weise er seine bedrohte Stellung bei den Zeppelinwerken erhalten wird, bleibt abzuwarten. Wir haben es mehr als einmal erlebt, daß es den braunen Gewaltherrn gelungen ist, selbst die Widerstrebendsten zum Kuschen zu zwingen, daß Neinsager, vor die Wahl gestellt, ihre Gesinnung oder ihre Lebensarbeit preisgeben, sich für das erstere entschieden. Eines ist jedenfalls schon jetzt sicher: Ehrenpforten wird man dem Präsidenten der Zeppelin-Gesellschaft bei seiner Heimkehr nach Deutschland keineswegs bauen.

Der Krieg im Aether

Göbbels gibt Instruktionen zur Störung des Auslandsempfangs.

Nachdem der nicht ganz zuverlässige Hörerverband der NSDAP aufgelöst ist und dessen Aufgaben von der Funkwarteorganisation der Partei übernommen wurden, erhielten diese Funkwarte besondere Instruktionen über die Störung und Verhinderung des Auslandsempfangs.

Mitte März wurden die Funkwarte in den Gauen zu einer Besprechung zusammengerufen, wobei strengste persönliche Kontrolle durchgeführt wurde. Den Funkwarten wurde nun mitgeteilt, daß das Ausland ebenfalls beginne, das bisher meisterhaft von Deutschland allein benutzte Instrument »Rundfunk«, unter Benutzung der deutschen Sprache, zu verwenden. Es bestehe kein Zweifel, daß dies

eine große Gefahr werden könne, da mit einer noch stärkeren Anwendung zu rechnen sei. Aus diesem Grunde habe man auch die Kreis- und Ortsfunkwarte eingeladen, denen noch besondere Instruktionen gegeben würden, wie sie mit Hilfe technischer Mittel die Wirkung der ausländischen Sendungen bekämpfen können, selbst auf die Gefahr hin, dadurch auch den Empfang der deutschen Rundfunkprogramme zu stören. Aber man sei gezwungen, mit allen Mitteln gegen die Wirkung der ausländischen Sendungen innerhalb Deutschlands, anzukämpfen.

Was die besonderen Instruktionen betrifft, so können wir darüber mitteilen, daß diese sich auf die Organisierung eines Netzes empfangsstörender Apparate beziehen. So u. a. Bau von kleinen Störsendern mit einem Wirkungsbereich von 500 bis 2000 Meter, Hochfrequenzmaschinen usw. Abgesehen davon wird auch die »samtliche« Störung des betreffenden Senders wirksam sein, indem man einen anderen Sender »draufsetzt«. Auf diese Weise hat man auch die Radiorede des Ministerpräsidenten Sarraut, die vom Straßburger Sender in deutscher Sprache wiederholt wurde, gestört. Ueberhaupt war diese Rede Ursache für die Göbbelschen Instruktionen, da diese Rede einen tiefen Eindruck in Deutschland gemacht hatte.

Die Stimmen der Auslandsdeutschen

Aus durchaus zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß das Deutsche Generalkonsulat in Katowice arbeitslose Reichsdeutsche zusammengerufen hat, die aus Geldmangel nicht nach Deutsch-Oberschlesien zur Wahl fahren wollten. Man hat ihnen die Stimmscheine vorgelegt, sie unterschreiben lassen, die Pässe abgenommen und hat die Stimmscheine allein nach der nächsten Wahlgrenzstation gebracht. Da es sich um Reichsdeutsche handelt, die vom Generalkonsulat ihre Arbeitslosenunterstützung beziehen, so blieb diesen Menschen nichts anderes übrig, als sich für das Ja für den Führer zu erklären. Eine ähnliche Maßnahme soll auch im Posener Generalkonsulat getroffen worden sein.

Korridorsperre für Kraftwagenverkehr

Seit der Einschränkung des Zugverkehrs im Korridor ist der Auto-Durchgangsverkehr um ein Mehrfaches gestiegen, worunter die Fahrstraßen erheblichen Schaden erleiden. Die polnische Regierung beabsichtigt deshalb, die Tryptiks für die Einfahrt in das polnische Staatsgebiet nicht mehr anzuerkennen. Die polnischen Straßen würden damit praktisch für reichsdeutsche Autos gesperrt sein.

nis — in der Bahn — im Betrieb — beim Zeitungszustand — immer das gleiche Bild: Schweigen — sich anschauen, Kopfschütteln — und lachen. Ja, das ist es eben: der Wahlschwindel ist so plump, so greifbar, so offensichtlich, daß jeder nur eines denkt: »Wie kann das angohn?« — oder »Wat et nich all jiff?« Nein, das hat keiner gedacht, daß der Sieg so groß gemacht worden wäre... Jetzt haben der sarkastische Witz von dem bei Göbbels schon vor der Wahl gestohlenen Wahlergebnis und die oft gehörte Redewendung: »ob wir zur Wahl gehen oder nicht — das Resultat liegt ja schon fest...« ihre Krönung erfahren.

Während man aber am Montag noch lachte, begann schon am Dienstag sich der Unwille auszubreiten. Mit wachsender Schnelligkeit und Intensität breitete sich die Ueberzeugung aus, daß eine ungeheure Anzahl Wähler um ihren Willensentscheid gebracht wurde — dank des demagogisch gemeinen, raffiniert ausgeklügelten Systems der Abstimmung und der Gültigkeitserklärung der Stimmzettel. Ein Kreis auf dem Stimmzettel: »Dein Kreuz in den Kreis.« Warum nicht ja oder nein? Was der Wähler tun soll, wenn er nicht einverstanden ist, das hatte man »vergessen« mitzuteilen.

Da das Kreuz in den Kreis gesetzt werden sollte, konnte auch nur ein derartig gezeichnete Stimmzettel gültig sein. So folgten alle irgendwie ablehnend eingestellten Wähler und machten jeder auf seine Art ihren Stimmzettel ungültig. Denn jetzt stand die Frage ja nur noch: gültig gegen ungültig. Man hatte vergessen mitzuteilen, wann ein Stimmzettel gültig, wann er ungültig ist. Aber in den Wahlrichtlinien für die Wahlvorstände steht es — streng geheim — wie folgt:

- »Gültig ist der Stimmzettel, wenn
- a) das Kreuz im Kreis ist,
 - b) das Kreuz über den ganzen Zettel gezogen ist,
 - c) Pfeilsiriche auf dem Zettel sind,
 - d) etwas, oder alles durchstrichen ist,
 - e) der Zettel eingerissen ist,
 - f) Worte darauf geschrieben sind,
 - g) das Kreuz fehlt.

Wenn der Zettel ungültig ist, steht nicht im Reglement.

Wie plump der Wahrheit ins Gesicht geschlagen wurde, dafür einige Beispiele: In einem Hamburger Bezirk wurden bei zirka 1000 Stimmen etwa 600 gültige, 180 »Nein-Stimmen und 220 weiße Zettel abgegeben. Das Ergebnis lautet: 820 gültig, 180 ungültig. Noch plumper ist es in zwei Barnbecker Lokalen vor sich gegangen, wo jeweils von zirka 900—1100 Wählern angeblich ganze acht ungültige Zettel abgegeben worden sind. Und in einem Bezirke im Arbeiterviertel Rothenburgsort, am Röhrendamm: von zirka 1200 überhaupt keine ungültigen Stimmzettel! Und dabei waren in diesen genannten Lokalen auf Grund der amtlichen Zahl bei der Wahl am 19. August 1934 noch zirka 220 bis 360 Neinstimmen gezählt worden.

Aber — und das ist ein allgemeines Gesprächsthema und Stimmungsbarometer: Ein System, das zu solchen Mitteln greifen muß, kann nicht von Bestand sein!

Wie der Betrug vorbereitet wurde

Aus Zwickau wird uns berichtet: Die Wahlausschreibungen der Wahlämter der Städte im Zwickauer Bezirk sind sehr lehrreich. Sie lassen erkennen, wie systematisch der Wahlbetrug vorbereitet worden ist. Stadt Aue:

»Geben Juden dennoch eine Stimme ab, so setzen sie sich nach § 2 des Gesetzes über das Reichstagswahlgesetz recht schwerer Bestrafung aus.

Die Stimmabgabe bei der Reichstagswahl erfolgt am besten in der Weise, daß der Stimmberechtigte auf den Stimmzettel in dem dafür vorgesehenen Kreise ein Kreuz einträgt.

Stadt Kirchberg:

Der Wähler kennzeichnet den Stimmzettel am besten in dem dafür vorgesehenen Kreis durch ein Kreuz oder Unterstreichen.

Stadt Planitz:

Auf dem Stimmzettel hat der Wähler durch ein angebrachtes Kreuz oder andere Weise kenntlich zu machen, daß er dem Wahlvorschlage seine Stimme geben will.

Man sieht daraus, daß jeder Stimmzettel als gültige Ja-Stimme gezählt worden ist! Ob Kreuz oder nicht Kreuz, ob angestrichen oder durchgestrichen — alles ist als Ja-Stimme gezählt worden. Die wenigen Wähler, die es durchgesetzt haben, daß ihre Stimme nicht als Ja-Stimme gezählt werden konnte, haben in die Umschläge Schulstundenpläne oder Kaufhauskassenscheine gesteckt.

Deutsche Streiflichter

»Sind wir denn eine Hammelherde?«

Wie viele ungültige Stimmen bei der Wahl am 29. März abgegeben worden sind, wird schon deshalb nie zu ermitteln sein, weil nicht zu erfahren ist, was mit einem Stimmzettel geschehen sein mußte, wenn er als ungültig anerkannt werden sollte. In vielen Orten ist ja der »Sieg« peinlich komplett gewesen. So in Saarbrücken, wo den rund 91.000 Hitlerstimmen nur 40 irgendwie ungültige Gegenüberstände haben sollen. Oder in der früheren kommunistischen Hochburg Dudweiler im Saargebiet, wo den 16.391 Hitlerstimmen nicht ein einziger ablehnender Stimmzettel entgegengesetzt worden sein soll. Das ist selbst für das Saarland etwas allzu wenig. Das Rätsel wird gelöst, wenn man erfährt, daß vielfach die ersten im Wahllokal eintreffenden Nazitrupps ostentativ erklärten, sie hielten es für ihre Ehrenpflicht, öffentlich zu wählen. Entweder gingen sie überhaupt nicht in die Wahlzelle oder zogen den Vorhang nicht hinter sich zu. In sehr vielen Orten Westdeutschlands gab es überhaupt keine Wahlzelle, manchmal auch keine Urne. Sehr oft mußte am Tisch des von uniformierten Nazis besetzten Wahlvorstandes angekreuzt werden. Abstimmungsberechtigte, die mit dem festen Vorsatz kamen, oppositionell zu stimmen, sahen sich so gezwungen, ihre Stimme für Hitler abzugeben. Daß diese Art »Wahl« auch für Nazis, soweit sie nicht zum Bonzenklingel gehören, verblüffend und verbitternd war, zeigt ein uns im Original vorliegender Brief aus einer katholischen westdeutschen Kleinstadt. Schreiber und Empfänger sind uns genau bekannt. Der Brief lautet:

»L. H.: Heute war Wahltag, aber die Wahl war überhaupt nicht geheim. Wir waren alle gezwungen, vor einer Reihe von SA-Männern unsere Stimme öffentlich abzugeben. Wenn jemand Protest erhob, wurde er als Dunkelmann bezeichnet. Obwohl ich immer nur für Hitler gestimmt habe, geht mir das denn doch zu weit. Du weißt, daß ich hier zu den ersten Anhängern des Führers gehört habe, aber jetzt bin ich empört. Und alle Bekannten kommen und melden aus den benachbarten Orten dasselbe. Das ist keine geheime, keine ordentliche Wahl. Das ist Zwang und ungültig. So geht es nicht. Sind wir denn eine Hammelherde? Ich bin überzeugt, der Führer hat dies nicht gewollt. So wird er ja lächerlich vor dem Auslande. Mit Recht kann »Flandin« nun sagen: »Das ist keine Wahl.« Besser wäre man mit 75 und 80 v. H., die auch bei ordentlicher Abstimmung erreicht worden wären, nach London gegangen als so mit 100 Prozent...«

Hast Du auch am Freitag die Führerrede gehört, sie war herrlich. Außer einer solchen Wahl, was bisher auch noch nie der Fall war, habe ich nichts auszusetzen...«

Also immer wieder und immer noch das Glaubenwollen an den Einzigen hoch da oben: »Er weiß es nicht; er will es nicht.« So weigern sich unendlich viele Deutsche, den Glauben zusammenbrechen zu lassen, den sie in sich aufgerichtet haben. Nicht an eine Sache, sondern an einen Menschen, der all das, was sie ihm nicht zutrauen, nicht nur weiß, sondern aus seinem finsternen, verschlagenen und rohen Wesen will und befiehlt. Daß Millionen sonst anständige und gebildete Deutsche trotz allem Jahre und Jahre in ihrer Hingabe an einen der unwürdigsten Menschen verharren, die je ein großes Volk beherrscht haben, bleibt für die Gegenwart rätselhaft und für die Zukunft erschreckend.

Die allzu Harmlosen

Wer Gelegenheit hatte, mit Auslandsjournalisten zu sprechen, die zur »Wahl« nach Deutschland führen oder von dort zurückkamen, wird wissen, wie schwer, wenn nicht unmöglich, es ist, diesen Zeitungslauten den ganzen Schwindel der hitlerdeutschen Propaganda- und Wahlmache klarzumachen. Es zeigt sich auch im Politischen die Erfahrung, daß Hochstapler mit ihren Gaunereien ins Märchenhafte gehen müssen, wenn sie ihre Opfer überzeugen und ganz sicher machen wollen. So fragt ein großes belgisches Blatt »XX. Siècle naïf, warum denn die Opposition nicht mit »Nein« gestimmt habe, wenn es wirklich eine große Opposition gebe? Darauf wisse, so meint diese Zeitung ganz ernsthaft, niemand Auskunft zu geben. Von welcher Ahnungslosigkeit manche Ausländer sind, beweist das verbürgte Verhalten eines englischen Journalisten, der in einer deutschen Industriestadt »studieren« wollte, daß die Wahl ordnungsmäßig stattfand. Nachdem er sich eine Zeitung an der Tür eines Abstimmungslokals aufgehängt hatte, in das er von dem örtlichen, gut englisch sprechenden SA-Führer gebracht worden war, machte ihn dieser mit einem früher führenden Sozialdemokraten bekannt, der gerade von der Urne kam. Der brave Brite versuchte unseren Freund in Gegenwart des SA-Führers in ein politisches Gespräch zu verwickeln, dem

Riesenkorrption um arische Maschinen

Ueber 200 Behörden bestochen — Die NSDAP bremst die Justiz

Die Korruption im Dritten Reich stinkt zum Himmel. Die nationalsozialistische Partei, deren agitatorische, auf die niedrigsten Pöbelinstinkte berechnete Hauptwaffe das Korruptionsgeschrei gegen die Republik war, ist ein Sammelbecken aller korrupten Elemente.

Es ist wahr, daß die Wirren der Inflationszeit alle dunklen Schieberelemente in der Republik begünstigt hatten, aber ebenso wahr ist es, daß nach der Stabilisierung die Republik mit fester Hand durchgegriffen hat. Wovon sich die nationalsozialistische Agitation nährte, waren kümmerlich letzte Reste dieser Zeit, so die Berliner Sklarekaffäre. Als die NSDAP zur Macht kam, wurde es stille mit dem Korruptionsgeschrei. Es gab nichts zu enthüllen! In Reich, Ländern und Gemeinden haben sie saubere Verwaltungen übernommen.

Auf diese sauberen Verwaltungen haben sich die braunen Postenjäger wie Aasgeier gestürzt. Alle öffentliche Kontrolle wurde ausgeschaltet, ihr Treiben vollzieht sich im Dunklen. Ab und zu jedoch lüftet sich der Vorhang ein wenig und gewährt Einblicke, wie es jetzt in den damals sauberen Verwaltungen aussieht.

Augenblicklich hört man aus Deutschland Andeutungen über einen riesigen Skandalfall, der in viele Stadtverwaltungen hineinspielt. Er wird sehr geheimnisvoll behandelt, denn das System will ihn unter Ausschluß der Öffentlichkeit erledigen. Obschon bereits durch die Justizorgane über zweihundert Einzelfälle von Bestechung oder wenigstens versuchter Bestechung in derselben Sache aktenmäßig festgestellt sind und obschon, wie wir uns selbst überzeugten, in allen Bank- und Industriekreisen über den enormen Skandal bereits seit langem offen gesprochen wird, ist bisher nicht das geringste geschehen, um der Öffentlichkeit (soweit man im Dritten Reich noch überhaupt davon reden kann) klaren Wein einzuschütten, weder über die Namen des oder der Schuldigen, noch über die einzelnen staatlichen und städtischen Behörden, die allenthalben im deutschen Reichsgebiet in die schmierige Affäre verstrickt sind. Die Tagespresse Hitlerdeutschlands hat bisher überhaupt noch keine Kenntnis von den in Frage kommenden Dingen und, wofür sie sie hätte, hat sie bisher noch nicht eine einzige Zeile über das, was in maßgebenden Kreisen doch schon Tagesgespräch ist, verlauten dürfen. Einiges Wenige — unter verschämter Verschweigung aller Namen und Titeln allerdings — hat sich lediglich bisher in die Fachpresse einschmuggeln können; ob mit, ob ohne Erlaubnis der Gestapo, ist schwer ersichtlich. Immerhin können wir registrieren, was ein — außerhalb seines Fachkreises freilich kaum gelenes — Branchen-Blatt, nämlich das in Hannover erscheinende Blatt »Der technische Handel« (Nummer 9/10 vom 5. März 1936) zu berichten hat. Es deckt sich nach unseren Feststellungen völlig mit dem, was in den Wirtschaftskreisen

bereits seit Monaten herumgetragen wird: »Die fragliche Affäre wurde schon vor einiger Zeit anhängig gemacht von dem in Deutschland noch aus der Vorkriegszeit her bestehenden »Verein gegen Bestechungen«.

Eine sehr bekannte Großfirma der Maschinenindustrie — übrigens völlig in rein arischen Händen — stellt Großapparate her, die weniger in privaten, als vor allem in den größeren öffentlichen Betrieben des Staates oder der Kommunen Verwendung finden, am meisten bei den Elektrizitätswerken und Krafterzeugungsunternehmen gemischt-wirtschaftlichen Charakters. Um ihre Maschinen unterzubringen, unterhält die Firma Generalvertreter in fast allen größeren Städten des Reiches, die im wesentlichen nur die Aufgabe haben, der Zentrale sofort zu melden, wenn eine öffentliche Stelle Bedarf hat oder sonst Kaufneigung zeigt.

Es ist nun festgestellt, daß in genau 225 Fällen Beamten oder Festangestellten in fast ausschließlich staatlichen oder städtischen Betrieben entweder auf die kostspieligen materiellen Zuwendungen der Firma eingegangen sind oder doch entsprechend von der Firma bearbeitet worden sind.

Die Firma verabreichte durch ihre Generalvertreter opulente Essen in Nacht- und Schlemmerlokalen; es sind ganze Kofferladungen von goldenen Uhren von ihr verschenkt worden. Auch gab es für Gefügte oder für solche, die man dafür halten durfte, geschmackvolle Rauchutensilien, Ledersachen, Geschenkkörbchen oder gar — für die Damen ihrer Opfer — Logenbillets für die Oper. Folgender Brief eines Vertreters an die Zentrale charakterisiert am besten wohl die ganze Sachlage:

»... dann teilen wir Ihnen mit, daß am Dienstag der Unterzeichnete mit Herrn... dem Prokuristen des Städtischen Elektrizitätswerkes in K., Sie besuchen wird. Wir »setzen voraus«, daß Herr... in Z'scher Weise in Empfang genommen wird, durch rein gewaschene Ehrenjungfrauen begrüßt und entsprechend seinem Vorhaben, nun bald eine Z-Anlage zu kaufen behandelt wird.«

So weit die sachlichen Angaben, soweit sie — in der genannten Fachzeitschrift, aber auch noch in anderen auf einen beschränkten Interessentenkreis abgestellten Mitteilungsblättern in Deutschland bisher erschienen sind; sie lassen zwar den ganzen Umfang des gewaltigen Gestankes erkennen, aber gerade das Wesentliche, die Bekanntgabe der einzelnen Schuldigen — verschweigen sie, höchstwahrscheinlich nur mit Rücksicht darauf,

daß es zur Hauptsache Parteinazis und »alte Kämpfer« sein müssen, die in den Skandal verstrickt sind, da diese ja jetzt fast monopolartig die Pfründen gerade bei den »verdienenden« Stellen des Staates oder der Gemeinde besetzt halten. Was aber nun die prozesuale und strafrechtliche Seite

der Angelegenheit angeht, so ist die folgende (wörtliche!) Schlußfeststellung der Zeitschrift »Der technische Handel« von geradezu grotesker Peinlichkeit für das ganze System:

»Da die Anklageerhebung zur Zeit von der Staatsanwaltschaft bearbeitet wird, hat der Generalstaatsanwalt, um sich über die Stellungnahme der NSDAP unterrichten zu lassen, die mit dem »Verein gegen Bestechungen« gemeinsam arbeitende »Abteilung zur Wahrung der Berufsmoral« in der Reichsleitung der NSDAP um gutachtliche Äußerung im einzelnen zu besonders wichtigen Fragen ersucht.«

Auf Deutsch heißt das: Was auch immer kommen mag, die ekle Sache wird von der Justiz in jedem Falle so geschoben, wie es die Parteilobbenzen haben wollen; wer verurteilt, ja auch nur genannt wird im kommenden Prozeß — vorausgesetzt, daß ihn besagte Parteibehörde »zur Wahrung der Berufsmoral« nicht überhaupt verbietet — entscheidet allein das Interesse des »Führers« an seinen »alten Kämpfern« und das des Herrn Göbbels an allgemeiner moralischer Mondfinsternis zugunsten des Regimes...

Aber war ein solcher Fall, so sensationell er auch auf den ersten Blick im einzelnen erscheinen mag, nicht eigentlich schon längst fällig? Ueber die Korruption im deutschen direkten Rüstungssektor sind an dieser Stelle alle jene Mitteilungen bereits seinerzeit gemacht worden, die der Erkenntnis des wahren Sachverhaltes dienen und gerade die beteiligten Offiziere als keineswegs mehr angekränkt vom alt-preussischen Ehrbegriff in blanker Schönheit vorführten. Aber wenn das schon am grünen Holz der »alten« Armee geschah und geschicht — was mußte sich schon ganz zwangsläufig und logisch da ergeben, wo Hitlers Bankrotteure und Offenbarungseid-Helden in die fettesten Ämter bei den werbenden Unternehmungen der öffentlichen Hand in Scharen gekommen sind? Daß es da in bisher nicht gekanntem Ausmaß einmal stinken würde, das war schon jedem klar, als die große Invasion in die Ämter gerade erst begann und jeder auch die feinen Nummern kannte, die sich nun an die Schreibtische und neben die Kassenschränke klemmten, — ehemalige Baltikumer, später Bananenhändler oder Hühnerfarmbesitzer und was so sonst da mit bei Hitlers emporgekrabbelte war... Keinem Menschen, höchstens ihrem kongenialen Komplizen als »Kreis-« oder als »Gauleiter«, sind sie verantwortlich. Keine Behörde wagt sich an sie heran. Es gibt eine verantwortliche Erörterung öffentlicher Angelegenheiten überhaupt nicht mehr. Und — da sollten sie nicht klauen? Und wenn etwas aufkommt, fragt der Herr Generalstaatsanwalt gehorsamst an, ob und gegen wen und wie er überhaupt vorgehen darf... E.

Deutsche Jugend

Wir reden hier nicht von der deutschen Jugend ganz allgemein. Noch sind beträchtliche Kaders vorhanden, die durch die Schule der Sozialdemokratie, der Kommunisten und des politischen Katholizismus gegangen sind. Es bestehen in einem Teil der jüngeren Generation auch noch gewerkschaftliche Erinnerungen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß in den Jahrgängen bis zu 25, ja vielleicht bis zu 30 mehr und mehr Menschen heranwachsen, die demokratische Freiheiten nicht mehr kennen gelernt oder sie doch nach drei Jahren Diktatur gründlich vergessen haben. Zwischen der Minderheit bewußt politischer Menschen und der großen Mehrheit der Volkstelle, die nur bei besonderen Aktionen rasch vorübergehendes politisches Interesse zeigen, ist jetzt in Deutschland ein größerer Unterschied denn je. Zumal bei der Jugend. Binahe alles interessiert diese jungen Leute mehr als Fragen des Wahlrechts und der politischen Meinungsbildung durch gelistete Ringe. Wie wenige von den jetzt 25jährigen in Deutschland haben sich noch aktiv am politischen Leben der Republik beteiligt, kennen eine freie Diskussion, eine unabhängige Presse, politische Parteien und selbständige Gewerkschaften noch aus eigener Erfahrung? Man sollte das bei der Beurteilung des politischen Verhaltens sehr

weiter Schichten der deutschen Jugend keinen Augenblick vergessen. Diese jungen Menschen sind nun seit drei Jahren, nachdem sie vorher schon jahrelang mit wachsendem Unverständnis dem Streit um Verfassungsfragen zugehört und zugeschaut hatten, der raffiniertesten psychologischen Beeinflussung ausgesetzt, die je auf die Jugend eines Landes ausgeübt worden ist. Bei weitem nicht alle sind dadurch gewonnen, aber die Desorientierung auch der Zweifelnden und Kritischen ist groß. Bei so manchen wirkt sich allmählich die Gewöhnung an die Diktatur aus, und dahin geht wohl auch die Spekulation des Systems. Man tut dieser Jugend unrecht, wenn man bei ihr die Maßstäbe demokratischer Länder anlegt, und eine Verständigung mit ihr ist nicht möglich, wenn man mit politischen Begriffen und Vorstellungen arbeitet, die ihr fremd sind und aus einer versunkenen Welt zu kommen scheinen. Die deutsche Jugend ist äußerlich uniformiert, ob aber auch schon geistig, das ist noch sehr die Frage. In vielen jungen Köpfen ist mehr unklare Erwartung des Kommenden als Zufriedenheit mit dem Gegenwärtigen. Bei dem Blick in die Zukunft ist diese Jugend aber unbeschwerter von politischer Erinnerung als vielleicht je eine junge Generation vorher. Wir wollen das nicht vergessen.

Hanns Wink.

sich der Sozialdemokrat nur durch die Bemerkung entziehen konnte, er beschäftige sich seit dem Verbot der Partei nicht mehr mit Politik und lese kaum noch Zeitungen. Im übrigen seien alle deutschen Regierungen der Nachkriegszeit ohne Unterschied der Parteistellung für Deutschlands volle Gleichberechtigung eingetreten. Der britische Journalist fragte weiter — immer in Gegenwart des SA-Mannes —, ob man ihn denn nicht mit anderen früheren Sozialdemokraten in Verbindung bringen könne und erhielt natürlich die Antwort, daß eine Verbindung zwischen früheren Sozialdemokraten nicht mehr bestehe. Ob es noch Kommunisten im Orte gebe? Achselzucken des Sozialdemokraten, der durch einen Sprung auf die gerade vorüberfahrende Straßenbahn weiteren Fragen des Interviewers entging. Es sollte uns nicht wundern, wenn der Brite an seine Heimatzeitung geschrieben hätte, er habe Sozialdemokraten und Kommunisten in dieser Industriestadt nicht mehr entdecken können — trotz freundlicher Mithilfe der örtlichen SA! Es mag schon sein, daß es sich hier um eine besonders einfältige Seele handelte, die vorher nie in Hitlerdeutschland gewesen ist, aber sie läßt Schlüsse auf die Frage zu, wie sich in Großbritannien der vielberufene »Mann auf der Straße« Regierung und Opposition im Dritten Reich vorzustellen pflegt.

Das Dritte Reich in Brasilien

»Der Kampf um die Seele des Auslandsdeutschtums endgültig verloren...«

mn. Rio de Janeiro, anfangs März. In der letzten Zeit ist die nationalsozialistische Organisation in Brasilien durch eine schwere Krise gegangen, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist. Schuld daran sind einige tolle Korruptionsaffären des örtlichen Führercorps in Rio de Janeiro und Sao Paulo. In Rio de Janeiro haben aus Protest gegen diese von der Auslandsabteilung der NSDAP in Hamburg gestützten wilden Korruptionsgeschichten 66 Mitglieder (darunter alle Besitzer des goldenen Parteiabzeichens) ihren Austritt erklärt. Ähnlich liegen die Dinge in Sao Paulo, wo einem der leitenden Mitglieder der Landesabteilung, einem Baumeister, nachgewiesen worden ist, er habe durchsetzen wollen, daß die Reichsregierung eine bestimmte deutsche Schule nur dann weiter subventioniere, wenn er im Konkurrenzkampf gegen billigere und tüchtigere Kollegen, den Zuschlag für einen Schulbau erlange.

Aber das ist ja im Grunde genommen nur die übliche nationalsozialistische Korruption, die für den, der den Aufstieg und die Regierungstätigkeit der NSDAP kennt, nichts Erstaunliches bietet. Die Auslandsdeutschen beginnen sich aber doch zu wundern, und das wirkt sich gerade in dem von der NSDAP provozierten Kampf um die Schulen aus. In Sao Paulo ist es kürzlich gelungen, eine der wichtigsten deutschen Schulen von dem nationalsozialistischen Einfluß vollkommen zu reinigen. Sehr ungünstig steht es, um nur noch ein Beispiel zu nennen, auch um die Sache der Gleichschalter in der deutschen Schule von Montevideo (Uruguay). Dort hat es der Schulvorstand ausdrücklich abgelehnt, den von der Reichsregierung unter dem Druck, die Subventionen zu entziehen, aufoktroierten Schuldirektor anzustellen. In den kleineren Schulen im Inneren Südamerikas ist der nationalsozialistische Einfluß in zahlreichen Fällen ebenfalls ausgeschaltet worden. Dort hat man das meistens klug und unauffällig, aber auch energisch gemacht. Die Initiative erfolgte recht häufig durch alte Sozialdemokraten, die jetzt als Farmer oder Handwerker in den verschiedenen deutschen Kolonien sitzen, und ebenso geschieht wie zweckentsprechend ihre Pflicht erfüllen, obwohl die Verhältnisse oft alles andere denn günstig sind. In manchen Gegenden ging wiederum die Initiative von Seiten katholischer Bauern aus, — auf jeden Fall steht dem Maulaufreißen der Nationalsozialisten eine zähe Abwehrarbeit der anderen gegenüber.

Das hat dazu geführt, daß in den letzten vier Monaten der Apparat der Gestapo in ganz Südamerika eine außerordentliche Verstärkung erfahren hat. Die Nationalsozialisten verheimlichen viel weniger als früher die Existenz der Geheimen Staatspolizei in den verschiedenen südamerikanischen Staaten; denn nur ganz handgreifliche Drohungen können die rebellierenden Pgs. bei der Stange halten! Die Tätigkeit der Gestapo-Agenten betrifft aber nicht allein die Terrorisierung der auslandsdeutschen Organisationen, — man ist seit Ende November 1935 auch dazu übergegangen, alle nur einigermaßen bekannten Antihitleristen den Landesbehörden zu denunzieren, indem man ihnen nachsagt, sie bemühten sich, auf die innenpolitischen Verhältnisse der Gastländer Einfluß zu gewinnen und umstürzlerische Bewegungen zu unterstützen. Das ist natürlich ein absoluter Unsinn, aber es kommt immer vor, daß diese nationalsozialistischen Denunziationen geglaubt werden und daraus für die betreffenden, wenigstens fürs erste, ernste Schwierigkeiten entstehen.

Die Tätigkeit der Gestapo beschränkt sich aber nicht nur auf die Denunziation von Volksgenossen, — in sehr vielen Fällen versucht sie auch die Einschmuggelung von Agents provocateurs. Bei den von Deutschland her politisch und organisatorisch geschulten sozialistischen Arbeitern, die das Kernstück der antihitleristischen Verbände bilden, haben sie freilich mit solchen Mätzchen wenig Glück... Dagegen sieht man nicht klar, ob nicht die Gestapo-Arbeit bei der Aufdeckung oppositioneller Gruppen-tätigkeit innerhalb der hiesigen NSDAP erfolgreicher gewesen ist und sich nicht daraus mancherlei dunkle Konsequenzen ergeben haben. Bei einer kürzlichen Reise nach Sao Paulo konnten wir jedenfalls die Feststellung machen, daß innerhalb der NSDAP-Ortsgruppe selbst die Meinung vorhanden ist. Zwei Pgs. seien im Zusammenhang mit der Gestapo verschwunden, d. h. gewaltsam von Sao Paulo nach

Santos und dann auf Bord eines deutschen Schiffes gebracht worden. Wir geben diese Auffassung nur deswegen wieder, weil sie deutlicher als alles andere zeigt, was die eigenen Pgs. der Himmler-Technik zutrauen! Allerdings steht fest, daß in Rio Grande do Sul öffentlich gegen die NSDAP der Vorwurf erhoben wurde, sie beabsichtige die Entführung von dreier ihrer mißliebigen deutschen Antihitleristen auf Bord eines deutschen Dampfers. Diesen Vorwurf machte sich sogar eine Zeitung zu eigen, ohne daß die NSDAP eine Berichtigung riskieren hätte können!

Für die Beurteilung der Stimmung gegenüber der südamerikanischen Auslandsorganisation der NSDAP ist aber nicht allein maßgebend, daß sich die hier lebenden Reichsdeutschen immer weniger durch den Terror imponieren lassen, mindestens ebenso bedeutungsvoll ist die folgende Polemik des bedeutendsten Organs der Teutobrasileiros, des »Deutschen Volksblatt« in Porto Alegre, gegen einen Aufruf des Gauleiters E. W. Bohle, seines Zeichens Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP:

»Der NSDAP-Gauleiter Bohle behauptet, daß die »deutschen Kolonien im Auslande heute zum größten Teil fest auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung stehen.« Abgesehen davon, daß diese Behauptung ja völlig irrig ist, was Bohle ver-

mutlich selbst weiß, aber wohlweislich ins Gegenteil verdreht, ist die darin ausgesprochene Forderung ein Wahnsinn. Es wird darin von brasilianischen und anderen Staatsbürgern verlangt, daß sie auf dem Boden des Nationalsozialismus stehen. Wie gefährlich ein solcher politischer Wahnsinn für das Auslandsdeutschtum wie auch in der Rückwirkung für Deutschlands Ansehen in der Welt selbst ist, haben wir schon unzählige Male deutlich genug dargestellt... Tatsache ist aber, daß die Ansätze (für eine wirkliche Einigkeit des Auslandsdeutschtums) vor der Einnischung des Nationalsozialismus in auslandsdeutsche Fragen und der katastrophalen Gründung der auslandsdeutschen Gruppen der NSDAP vorhanden waren, daß begründete Hoffnung bestand, daß die deutschen Vereine im Ausland sich mehr und mehr zu großen geschlossenen Verbänden zusammenfinden würden, daß aber gerade die auslandsdeutsche Politik des Dritten Reiches und vor allem die Politik der auslandsdeutschen Ortsgruppen der NSDAP so gut wie überall im Auslandsdeutschtum einen Keil in die volksdeutsche Gemeinschaft getrieben und eine Epoche der Spannungen, Kämpfe und erbittertesten Auseinandersetzungen eingeleitet hat, die in erster Linie auf das Schuldkonto der NSDAP-Ortsgruppen fallen. Nicht so sehr das bloße Vorhandensein dieser Gruppen, als vielmehr ihre politischen Ansprüche und ihre Totalitätsforderungen haben es mit sich gebracht, daß das Dritte Reich den Kampf um die Seele der Auslandsdeutschen endgültig verloren hat.

Deutlicher die Pleite der NSDAP-Auslandsdeutschenarbeit feststellen kann man wohl nicht mehr!

Die Kriegsrüstung in der chemischen Industrie Und was dabei verdient wird

Unter den Industrien, die im Dritten Reich eine besondere Förderung und einen kräftigen Ausbau erfahren, steht die chemische Industrie vorne an. Es sind für die ihr zuteil gewordene höchste Aufmerksamkeit verschiedene Gründe ausschlaggebend. Einmal ist sie seit Jahren das Rückgrat des Außenhandels. Etwa 15 Prozent der gesamten deutschen Ausfuhr entfallen auf chemische Erzeugnisse. Da die Ausfuhr der chemischen Industriezweige nur einen verhältnismäßig geringfügigen fremden Rohstoffanteil enthält, bringt sie den größten Devisenüberschuß ein.

Diesem Devisenüberschuß, der in den letzten Jahren infolge des Rückgangs der Ausfuhr im allgemeinen und der chemischen Erzeugnisse im besonderen geringer geworden ist, möchten die Gebieter über Deutschland gern wieder größer werden sehen. Darum der treibhausmäßige Ausbau, der der deutschen chemischen Industrie einen weiten Vorsprung vor der anderer Länder bringen soll. Daneben wird zugleich der andere Zweck verfolgt, durch die chemische Produktion Deutschlands auf allen Gebieten der Wirtschaft immer unabhängiger von der Einfuhr aus dem Ausland zu machen.

In der Ernährungswirtschaft soll seit den Reichsnährstand durch die Herstellung und durch die Ausnutzung der vorhandenen chemischen Hilfsmittel die »Ernährungsschlacht« siegreich schlagen helfen. Die für die Kriegerversorgung für notwendig gehaltene verstärkte Konservierung von Feldfrüchten und Lebensmitteln stellt sie vor neue Aufgaben, desgleichen die chemische Futtermittelgewinnung, bzw. die Erhaltung und Erhöhung des Eiweißgehaltes im Grünfütter. Die Erzeugung chemischer Spinn- und Faserstoffe und von Mitteln, die eine bessere Stofferhaltung und pflegsamere Reinigung der im Gebrauch befindlichen Gewebe ermöglichen, erweitern ihre Aufgaben auf dem Gebiete der Bekleidungsindustrie. Die synthetische Herstellung von Treibstoffen und Schmiermitteln durch Verflüssigung der Kohle oder aus Koksprodukten soll den ganzen deutschen Mineralölbedarf aus deutscher Kohle decken. Diese Oelautarkie wird durch die Erschließung neuer Erdölager, die bisher freilich weniger ertragreich waren, zu beschleunigen und zu vervollständigen gesucht. Dazu kommt die Erzeugung von synthetischem Kautschuk, die Gewinnung und Verbesserung der Anstrichmittel gegen Rostschäden — die jährlich etwa 1—2 Milliarden RM Unkosten verursachen — von elektrotechnischem Isoliermaterial, die gesteigerte Erzeugung von Sprengstoffen und die Bereitstellung der höchsten Produktionskapazität für Giftgas und ähnliches.

Von letzteren schweigen natürlich die offiziellen Stellen. Um so lauter rühmen sie sich

der gewaltigen Erfolge, die mit den Erfindungen in der Chemie schon erreicht worden sind und Deutschland schon aus der Abhängigkeit vom Ausland befreit haben sollen.

Da ist es bemerkenswert, daß diese unter dem Druck der Devisennot vor sich gehende Jagd nach neuen Erfindungen und ihre Auswertung in der Chemieindustrie von berufener Seite eine ganz andere Beurteilung erfährt. In einer Arbeit »Alte und neue Aufgabengebiete der chemischen Industrie« sagt die »Dresdner Bank«:

»Die chemische Industrie befindet sich seit mehr als einem Jahr in einem Zustand höchster Tätigkeit. Der erhöhten Beschäftigung entspricht auch eine erhöhte Erzeugung, aber nicht im gleichen Ausmaße. Neben der reinen Erzeugungstätigkeit läuft stets in der chemischen Industrie die Vorbereitungstätigkeit für neue Arbeitsgebiete her, das Erforschen und Versuchen und weiterhin das Planen und Entwerfen, Bauen und Umgruppieren...

Die Devisenschwierigkeiten haben die Erfindungen nicht hervorgerufen, sondern nur ihre industrielle Auswirkung beschleunigt. Für die chemische Industrie bedeutet das zwar eine erhebliche Begünstigung ihres Arbeitsfeldes, bringt aber auch die Gefahr der Überstürzung und der vorzeitigen Festlegung auf eine bestimmte technische Möglichkeit, die sich vielleicht später nicht als die günstigste herausstellt. Auch die Länder, die über genügend Devisen und Rohstoffe verfügen, arbeiten an denselben Aufgaben. Sie können aber mit Ruhe die technische Entwicklung allseitig verfolgen und den Nutzen aus den anderweitig gewonnenen Ergebnissen ziehen. Der gleichmäßigen Systematik gegenüber ist ein beschleunigtes Vorwärtstreiben der technischen Entwicklung nur dann im Vorteil, wenn auch mögliche Fehlschläge einen solchen Schatz von neuen Einzelerfahrungen ergeben, daß der Vorsprung, den die besonderen Pionieranstrengungen erbringen, nicht einzuholen ist. Das ist nun gerade auf chemischem Gebiet manchmal der Fall, weil hier fruchtbare technische Anregungen und Gedanken aus einem Spezialbereich auf den anderen eher übertragbar sind als in mechanischen Industrien.

Es wird also die vorsichtig formulierte Warnung ausgesprochen, die chemische Industrie aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage heraus nicht auf Ersatzprodukte und Produktionsmethoden festzulegen, die morgen schon durch die Weiterentwicklung in anderen Ländern wertlos sein können und die sie den Ausland gegenüber im Rückstand kommen lassen müssen. Eine Warnung, die nicht nur vom Standort der um ihre Gewinne besorgten Kapitalisten gerechtfertigt ist.

Der überstürzte Ausbau der Produktion und der Produktionskapazität hat eine Konjunktur in der chemischen Industrie ausgelöst, deren Auswirkungen ganz verschieden sind, je nachdem, ob es sich um die Aktienbesitzer und Börsenspekulanten, oder um die Arbeiterschaft handelt.

Aus einer Übersicht, die der genannten Arbeit der Dresdner Bank angefügt ist, ergibt

sich, daß der Betriebsertrag (einschließlich der außerordentlichen Erträge) nach Abzug der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe von 1932 auf 1934 von 743.1 auf 901,6 Millionen RM oder um 21,34 Prozent gestiegen ist.

Die Summe der von den chemischen Industrieaktiengesellschaften ausbezahlten Dividende hat im gleichen Zeitraum eine Erhöhung von 62,6 Millionen auf 71,6 Millionen RM oder um etwa 14 Prozent erfahren.

Viel gewaltiger noch sind die Gewinne, die durch die Kurssteigerungen der Chemie-Aktien erzielt worden sind. Im Vergleich zu dem Kursstand, den die Aktien der verschiedenen Chemie-Unternehmungen am Anfang des Jahres 1934 erreicht hatten, ergeben sich bis März 1936 folgende Kurssteigerungen:

IG-Farben 25%, Hagedu, Berlin 50%, Guano-Werke, Hamburg 60%, Pfeilring, Charlottenburg 65%, Andrao-Noris Jahn, Frankfurt, 100%, Concordia, Leopoldshall 100%, Gehe & Co., Dresden 100%, F. Reichelt, Breslau 95%, Chemische Fabrik, Radebeul 100%, Chemische Fabrik, Bockau 105%, Deutsche Gasolin, Berlin 130%, Th. Goldschmidt, Essen 195%, J. D. Biedel — E. de Haën, Berlin 140%, Bayrische A.-G., Heufeld 140%, Rütgerswerke, Berlin 140%, Chemische Werke, Amöneburg bei Wiesbaden 175%, Heine & Co., Leipzig 175%, Scheidemann, Berlin 200%, Schramm, Offenbach 270%!

Bei anderen Gesellschaften sind die Kurssteigerungen niedriger; Kursrückgänge sind gegen Anfang 1934 nur ganz vereinzelt zu verzeichnen.

Es sind demnach einige hunderte Millionen Reichsmark Kursgewinne von den Aktienbesitzern und den Spekulanten allein mit den Chemiepapieren erzielt worden. Für diese Schicht im deutschen Volke ist die »Arbeitschlechte« und die Herstellung der »Wehrbereitschaft« von unzweifelhaftem Erfolg gewesen.

Aber für die Arbeiter der chemischen Industrie?

Leider ist eine genaue Erfassung in der in den letzten Jahren gezahlten Löhne unmöglich. Aber der entschiedene Widerstand der Reichsregierung gegen jede Lohnerhöhung, der bis heute festzustellen ist, ist ein genügender Beweis dafür, daß trotz der günstigen Entwicklung, trotz beträchtlich gesteigerter Gewinne für die Kapitalisten, für die Arbeiter der Chemieindustrie aus der erzielten Mehrwertsteigerung nichts abgefallen ist.

Wohl aber ist die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft weiter intensiviert worden. Es gibt eine Anzahl von Werken, die mit ihrer Produktion den Stand von 1929 erreicht oder gar überschritten haben, während die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zu jenem Jahre noch erheblich tiefer liegt!

Es ist überhaupt eine bescheidende Erscheinung, daß in einer Industrie, deren Produktionsapparat seit 1929 erheblich erweitert wurde, die Mehrzahl der Unternehmungen trotz des starken Ausbaues in den letzten zwei Jahren 1934, bzw. 1935 weniger Arbeiter beschäftigt als 1929. Dafür einige Beispiele: Die erste Ziffer gibt die Beschäftigtenzahl von 1929, die zweite den zuletzt ausgewiesenen Bestand — 1934, bzw. 1935 wieder:

Union, Stettin 613, 442, Fritz Schulz, Leipzig 500, 400, Kokswerke und Chemische Fabrik, Berlin 25.733, 20.555, Riebeckische Montanwerke 8253, 7005, Kali-Chemie, Berlin 4823, 4058, Guano-Werke, Hamburg 674, 384, Th. Goldschmidt, Essen 712, 496, Farbwerke Köln-Mühlheim 277, 170, Chemische Fabrik, Radebeul 2045, 1469, Scheidemann, Berlin 3000, 2000, Chemische Fabrik Byk-Guldenwerke 870, 714. In den IG-Farben-Fabriken waren 1935 93.006 Arbeiter beschäftigt, auch ihre Zahl dürfte 1929 höher gelegen haben. Also durchweg eine teilweise sehr starke Minderbeschäftigung gegenüber 1929!

Dieses Zurückbleiben der Beschäftigung in einer Industrie, deren Produktion geradezu mit Übersteigerung vorwärts getrieben worden ist, berechtigt zu eindeutigen Schlüssen über die tatsächliche Entwicklung der Arbeitsschlacht auch in jenen Industriezweigen, die eine so weitgehende Förderung nicht erfahren haben. Auf jeden Fall muß danach der Umfang der Arbeitslosigkeit viel größer sein, als offiziell eingestanden wird.

Darüber hinaus enthüllt die Entwicklung der Verhältnisse in der chemischen Industrie den eindeutigen Charakter der nationalsozialistischen Rüstungs- und Wirtschaftspolitik als einer Politik der intensivsten Förderung der Profitinteressen des privaten Kapitalismus.

Sorgen um die deutsche Aufrüstung

I.

Die Kopfschmerzen der Militärs

Deutschland ist eine Nation ohne bürgerlich-freihetliche Armeetradition. Aus der von Scharnhorst angestrebten Nationalisierung der Armee wurde die Militarisation der Nation. Die Totalisierung des Krieges war zugleich seine »Zivilisierung«, die Aufhebung der Kriegerkaste. Die alte Tradition wurde teilweise durchbrochen, nun tauchten selbst in Deutschland einige zivilistisch denkende Soldaten und Militärs auf. Aber aus der feudalen in die bürgerliche Welt hinüber, das ist ein Sprung, den nur sehr wenige wagten, und auch diese blieben oft auf halbem Wege stehen. So leben sie im Grunde entwurzelt dahin, nicht mehr mit dem konservativen, noch nicht mit dem freiheitlichen Deutschland verwachsen, keine Kraft, die initiativ werden kann, weil sie keine Welt hinter sich haben, sondern immer nur zwei vor sich, die ihnen beide nicht behagen. Ihr Dilemma idealisieren sie als »überparteiliche« Schlichterrolle zwischen den beiden Deutschland. Zu so großem fühlen sie sich vom Schicksal berufen.

Einer der Repräsentanten dieser Kreise ist der General Horst von Metzsch. Er ist schriftstellerisch stets sehr hervorgetreten. Sein neuestes Buch heißt: »Schlummern der Wehrkräfte« (Stalling, Oldenburg). Nicht ohne Grund wurde dieses Buch den vielen verantwortungslosen Publikationen gegenübergestellt, die auf dem Büchermarkt des Dritten Reiches zu haben sind. Metzsch beldagt im Vorwort seines Buches:

»... daß das allgemeine wehrpolitische Verständnis in einem beträchtlichen Mißverhältnis zu dem großen Umfange unserer wehrpolitischen Literatur steht. Liegt das nun an den Büchern oder an den Lesern? — Das erste zu bejahen verbietet mir meine kollegiale schriftstellerische Zurückhaltung...«

was natürlich schon ein böses Urteil ist!

Metzsch widmet sein Buch »allen Deutschen, die dem Dritten Reich aufrichtig und aufrecht dienend, aber dieses »Dritte Reich« ist nicht das heutige, sondern eine Privatvorstellung des Generals. Teilweise deckt sich diese mit Möller van den Bruck'se, der augenblicklich etwas unmodern geworden ist. Aber »Manches von ihm wird

seinen Rang behalten«, wie Metzsch an einer Stelle sagt.

Was Metzsch »neue soldatische Blickfelder« nennt, ist im Grunde doch nur die durch die Totalisierung des Krieges erzwungene Totalbetrachtung des Krieges, wie sie bei weniger konservativen Militärs schon immer üblich war. Allerdings, für den preußischen Soldaten ist das eine neue Welt. Metzsch sieht sich seinen ganz strengen Kollegen gegenüber gedrängt, zu unterstreichen: »Es wird hoffentlich niemand mir alten Soldaten unterstellen, daß ich auf eine verminderte Bedeutung der Wehrmacht abziele.« Aber: »Die Wehrmacht muß verdorren, wenn die Wehrkraft verdorrt«, darum muß total geschaut werden. Das hat man früher nicht getan, »darum sind die Erfolge auch militärisch geblieben, aber die wehrpolitischen Erfolge sind ausgeblieben.« Eine interessante Unterscheidung. Darum warnt er vor Äußerlichkeiten, denn »am wenigsten würden natürlich verkleinernde Ornamente helfen. Das wäre dann Stück statt Stärke.« Metzsch will zwischen Denker und Krieger nicht unterscheiden. »Rauflust, die in Deutschland immer zu Hause war, ist noch kein Soldatentum«, es gehört »die Studierstube zur Kasernenstube, Faust neben die Fäuste!« Die »glückliche Synthese zwischen dem denkenden Soldaten und dem soldatischen Denker ist geradezu eine Voraussetzung glücklicher deutscher Zukunft.« Wie sie im Dritten Reich zu verwirklichen ist, das verschweigt der General. Er polemisiert recht interessant gegen die Auffassung, daß alles, was nicht Wehrwert habe, Luxus sei. Für ihn gehört Kunstpflege, Musik und vieles andere mehr zur Wehrhaftmachung.

»Schließlich hat der alte Dessauer soviel Ordnung in seine Keris gebracht, wie Mozart in seine Noten... Ihren tiefen Segen hatten beide... Rhythmen, beide »Stöcke«, nämlich der Taktstock und der Korporalstock. Am Ende standen harmonische Leistungen.«

Aus dieser Totalbetrachtung ergibt sich die These: »Wehrpolitik muß dreispännig gefahren werden.«

»Die drei Schimmel des Gespanns heißen: Wehrmacht, Wirtschaft und Kultur. Eine unwirtschaftlich aufgebaute Wehrmacht muß ebenso scheitern, wie eine militärisch ungeschätzte Wirtschaft. Und beide, die Wehrmacht wie die Wirtschaft, werden versagen, wenn sie nicht

von einer Kultur durchflutet sind, die jedem waffentragenden oder in der Wirtschaft stehenden Volksgenossen wertvoll genug erscheint, um sich mit Gut und Blut für diese Kultur einzusetzen.«

»Man darf also z. B. die Wirtschaft nicht der Wehrmacht opfern, oder die Wehrmacht nicht der Wirtschaft preisgeben oder in beiden, der Wehrmacht und der Wirtschaft, nicht auf die Kultur pfeifen... wenn keiner weiß, was kulturell zu verteidigen ist, dann fällt die Wehrkraft auseinander.«

Dann sind »sechzig Millionen mehr Last als Kraft, mehr Sorge als Stärke, mehr gefährlicher Krater als hoffnungsvolle Quelle« — der General hat also etwas über das Schicksal des Kaiserreiches nachgedacht.

Dem General fällt es oft sehr schwer, seine utopische Vision des Dritten Reiches zu vertreten, ohne mit dem tatsächlichen Dritten Reich in Konflikt zu geraten. So konstatiert er das Nichtvorhandensein der dreispännigen Wehrpolitik — an Rußland!

»Wenn die Sowjetunion, zum Beispiel, ihre Völker zu Millionen verhungern und verkümmern läßt, um Devisen für Rüstungszwecke zu gewinnen, dann ist dieser zynisch kalte Kräfteverschleiß des Blutes zugunsten von Rüstungsgütern weder nationalsozialistische noch sozialistische, sondern militärische Wehrpolitik, die einspännig statt dreispännig gefahren wird.«

Aber einige Seiten weiter merkt man doch, daß Rußland gesagt, aber Deutschland gemeint ist, denn:

»Wir können uns nur behaupten, nur wehren, wenn wir uns auf eine tüchtige Wehrmacht und auf eine gesunde Wirtschaft stützen. Wir können nicht Waffen durch Waren oder Kultur durch Waffen ersetzen... Das schärfste Schwert nützt nichts in wirtschaftlich schwacher Hand. Das tapferste Herz nützt nichts mit militärisch unzulänglicher Waffe. Der wirtschaftlich gesundeste Volkskörper nützt nicht mit kulturell niederem Sinn.«

Die Schwerindustrie ist darin ganz gewiß anderer Meinung, und wohl auch mancher Kollege von Metzsch!

Das deutsche Rüstungstempo macht dem General offenbar nicht weniger Sorge als die Vernichtung der Wirtschaft und Kultur durch die heutige deutsche Wehrmacht. Er hat überlegt, wie er das nun ausdrücken kann — und siehe da: Hitlers italie-

nisches Vorbild eignet sich doch glänzend dazu. Also los:

»Von einem nichtgenannten fünften Staat müssen wir abwarten, ob er nicht vielleicht seine Wehrpyramide schneller hochgetrieben hat, als sich das mit dem verfügbaren Baumaterial verträgt. Beton läßt sich in winzigen Zeitspannen härten. Völker brauchen längere Fristen. Ob sich aus dem weichen Neapolitaner ein harter Piemontese machen läßt, die Antwort darauf möchten wir Mussolini überlassen.«

Metzsch hält das Dritte Reich nur dann für lebensfähig, wenn alle seine Anschauungen in die Praxis umgesetzt werden, d. h. wenn Hitlers Drittes Reich durch das Dritte Reich des General von Metzsch ersetzt ist. Eher darf auch kein Krieg begonnen werden, denn dieser wäre nicht zu bestehen. Kein Wunder, wenn er sich da bei seinen Kollegen von dem Verdacht reinwaschen muß, die Wehrmacht in ihrer Bedeutung zu beschränken!

II.

Kritik aus dem Lager der Wirtschaft

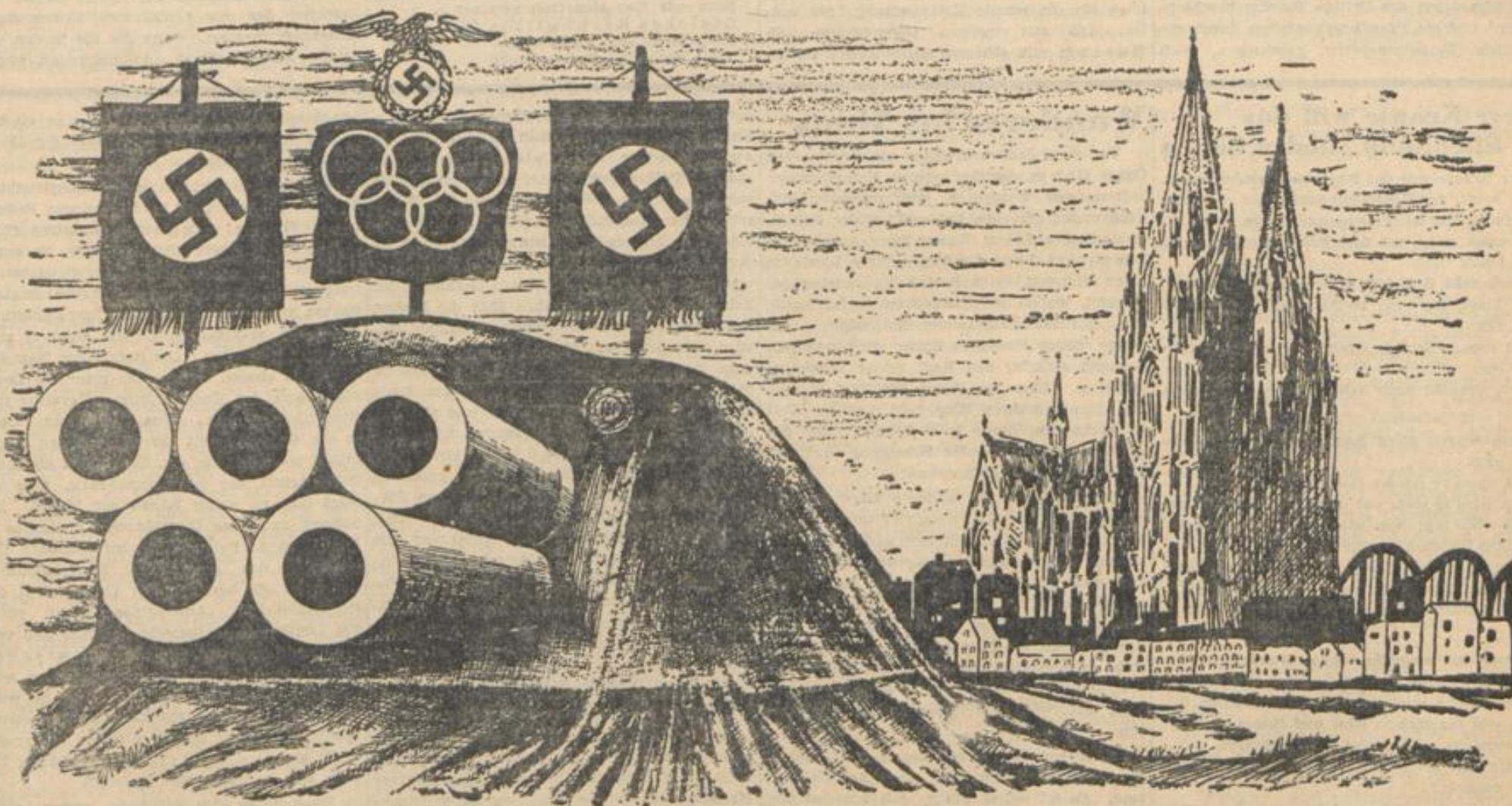
In einem Artikel der »Frankfurter Zeitung« vom 29. März »Mussolinis Anspruch an die Wirtschaft« heißt es:

»Vor zwei Jahren hat Mussolini als eine der nächsten und dringlichsten sozialen Aufgaben den Häuserbau für die ländliche Bevölkerung bezeichnet; solche Pläne treten jetzt zurück hinter dem Zielpunkt: Rüstung.«

Mussolini, der bereits einen Krieg führt, und Hitler, der ihn erst vorbereitet, gleichen einander darin, daß sie dem Volk Wohnungen versprochen haben, aber jetzt die Behausung um der Bewaffnung willen vernachlässigen.

Der öffentliche Wohnungsbau ist in der Nachkriegszeit ein entscheidender Anreger des Konjunkturaufstiegs geworden. Die Verwüstungen des Krieges hatten die Wohngelegenheit hinter dem Wohnungsbedarf zurückbleiben lassen, gleichzeitig aber auch das Masseneinkommen hinter den Baukosten. Der Bau billiger Wohnungen war kein rentables Geschäft, deshalb sprang der Staat in die vom Privatkapital offengelassene Bresche.

»Germany wants to see you!«



Und nun willkommen zur Olympiade!

England und die Vereinigten Staaten verdanken ihren gegenwärtigen Konjunkturaufstieg wesentlich dem Wohnungsbau, hier vornehmlich dem öffentlichen, dort dem privaten. Von dem amtlich geschätzten Bedarf an neuen Häusern von 1,7 Millionen sind in England in den letzten vier Jahren bereits eine Million errichtet worden, er wird also bei Fortsetzung des gegenwärtigen Tempos der Bautätigkeit in 2 Jahren gedeckt sein.

Im Jahre 1935 entfielen nach der Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung 70 Prozent in Deutschland aller Neu- und Ersatzanlagen auf Bauten und nur 24 Prozent auf Maschinen. Man sollte also annehmen, daß wenigstens dieser Teil vom unveränderlichen Programm des Führers, der Vorrang der Sorge für die Behausung, erfüllt worden ist. Tatsächlich bleibt im Wohnungsbau das Dritte Reich weit hinter dem zurück, was die Republik geleistet hatte, als die Staatsfinanzen noch nicht durch die Krise zerrüttet waren. Nach der Feststellung der Reichskreditgesellschaft wurde im dritten Quartal 1935 zwar um ein Drittel mehr gebaut als 1928, 1934 aber Wohnungen um 66 Prozent, also um zwei Drittel weniger. Die Reichskreditgesellschaft spricht mit Recht von einer im Vergleich mit der letzten Hochkonjunktur bedeutsamen Strukturwandlung. 1935 hatten sich dann in den Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern die Wohnungsbauvollendungen noch um 21 Prozent vermindert. Es wird also im »Aufschwung« des Dritten Reiches nur ein Viertel der Wohnungen gebaut, die im Aufschwung der Republik errichtet worden sind. Während sich in England der Zeitpunkt der Sättigung des unentbehrlichen Wohnungsbedarfs nähert, bleibt er im Dritten Reich immer weiter dahinter zurück. Im Jahre 1928 wurden 537.000 neue Ehen geschlossen und 310.000 neue Wohnungen gebaut. Etwas weniger als die Hälfte des zusätzlichen Wohnungsbedarfs blieb also unbefriedigt. 1934 standen 731.000 Eheschließungen nur 254.000 Wohnungszugänge gegenüber, es blieben also mehr als zwei Drittel aller Neuverheirateten ohne Wohnung, »und im Jahre 1935 ist immer noch keine Verbesserung dieser Verhältnisse eingetreten. Da die Staatsgewalt die Zügel der Wirtschaft in der Faust hält, muß die Zurückdrängung des Wohnungsbaues von ihr gewollt sein. Den Grund hat der Reichsfinanzminister vor einigen Monaten deutlich genannt: die Sparkraft des deutschen Volkes müsse vor allem in den Dienst der Wehrhaftmachung gestellt werden. Damit dieses Hauptziel erreicht werde, müßten nicht nur Lieblingswünsche, sondern auch wirtschaftlich wertvolle und vielleicht notwendige Aufgaben, darunter auch der Wohnungsbau, zurücktreten. Alle Sparzugänge sind »für öffentliche Zwecke«, d. h. zur Anlage in den in Aufrüstung umgesetzten faulen Schuldpapieren des Dritten Reiches beschlagnahmt und die Pfandbriefanstalten durch gesetzliche Emissionssperre gezwungen, sich

ihrer eigentlichen Aufgabe, der Finanzierung des Wohnungsbaues, zugunsten der Wehrfreiheit zu verschließen.

Welche Art Bauten ist auf Kosten des Wohnungsbaues gefördert worden? Nach der Reichskreditgesellschaft kommt im Bau von Nichtwohngebäuden die bedeutsame Steigerung der öffentlichen Bautätigkeit zum Ausdruck. 1935 wurden um nicht weniger als 338 Prozent mehr Bauten begonnen als 1933. Die industrielle Bautätigkeit, heißt es ausdrücklich, hat an dieser Belebung nur einen untergeordneten Anteil. Das dem Wohnungsbau entzogene Kapital ist also für den Bau von Kasernen und Prachtbauten nach Görings Protzgeschmack verschwendet worden. Die Frage, was werden soll, wenn die »Staatskonjunktur« abgebaut werden muß und sich nicht mehr selbst finanzieren kann, macht ernsthaften Leuten ernste Sorgen. Der ehemalige Preiskommissar, der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, kanzelt im »Deutschen Volkswirt« vom 27. März mit einer für das Dritte Reich erstaunlichen Schärfe den Dr. Ley ab. Dieser hatte jedem eine »Volkswohnung« wie Hitler jedem ein »Volksauto« versprochen. Dazu sagt Goerdeler:

»Wenn es heißt, es gibt jetzt eine Volkswohnung für 3500 Mark, aber verschwiegen wird, daß die Miete rund 30 Mark kostet, und wenn dann der einzelne sieht, was er für

diese Miete bekommt, dann ist zweifellos eine nationalpolitisch gute Wirkung nicht erreicht. Denn der einzelne hat auch seinen Kopf, mit dem er denkt, und seine bestimmten klaren Vorstellungen.«

Mit anderen Worten: Ley's Reden verhelfen ihm nicht zu einer Wohnung, er muß sie auch bezahlen können. Daran fehlt es aber eben, denn »wir sind aus den verschiedenen Gründen in einem Zeitraum einer für den einzelnen sinkenden Kaufkraft. Deshalb befürwortet er die Verwendung von Reichsmitteln anstatt zum Bau von Kasernen zur Erstellung von Wohnungen, die die Masse der Arbeiter bezahlen kann. Dazu bedient er sich allerdings einer Geheimsprache, die allzu verfängliche Worte umschreibt, aber für Eingeweihte verständlich ist:

»Es kommt darauf an, billige, wirtschaftlich vernünftige Einrichtungen zu treffen, um das immanente und natürliche Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Der Einsatz hierfür, selbst wenn er zu gewissen Beschränkungen auf anderen wichtigen Gebieten führen sollte, ist ebenso wichtig wie andere nationalpolitische Notwendigkeiten. Denn die Funktionen eines Volkes kann ich nicht aufteilen. Ich kann nicht sagen: Dies und das geht mich im Augenblick gar nichts an; nein, die Funktionen eines Volkes sind ein harmonisches, organisches Ganzes und müssen in vollkommener Übereinstimmung miteinander ausgebildet und gefestigt werden, um eine wirklich auf organischer Wirtschaft aufgebaute morali-

sche und politische Kraft des Volkes zu erzielen.«

Er sagt dann weiter:

»Kein Volk kann mehr ausgeben, als es erarbeitet oder erarbeitet hat. Es kann eine zeitlang auch Schulden machen, dann verbrauchtes das, was es erarbeitet hat. . . . Genau so im Leben des einzelnen Menschen. Wenn er aufgezehrt hat, was er hatte, ist nichts mehr da. Im allgemeinen pflegen da nicht andere Menschen anzutreten, die sagen: Wir wollen dir gern etwas schenken; und insbesondere wird kein Volk ein anderes Volk finden, das ihm schenkt, was es selbst nicht hat, aber gern mehr verbrauchen möchte. Jeder muß sich an die harten Tatsachen halten; ein Volk, das sich Tatsachen verschließen sollte, würde sich eines Tages ganz außerordentlichen Ueberraschungen hinsichtlich seiner Lage und Selbständigkeit ausgesetzt sehen.«

Was das für »andere nationalpolitische Notwendigkeiten« sind, in denen Beschränkung empfohlen wird, weiß man. Die Lebensnotwendigkeiten als nichtige Angelegenheiten behandeln, wie es im Dritten Reich geschieht, heißt, will Goerdeler sagen, nicht nur mit der »moralischen und politischen Kraft des Volkes«, sondern auch mit seiner materiellen Schindluder treiben, aber eben deshalb, weil Hitler den Tag näherkommen sieht, an dem das deutsche Volk die »außerordentlichen Ueberraschungen« erlebt, die Goerdeler prophezeit, ist er ins Rheinland einmarschiert.

G. A. Frey.

Brief aus dem Jenseits

Hoffmann von Fallersleben an Adolf Hitler

Mein nachgeborener Führer, soeben lese ich im völkischen Himmels-Beobachter eine Nachricht, die mich auf tiefste rührt. Sie haben für die Erneuerung meines Geburtshauses in Fallersleben, in dem ich 1798 das Licht der Welt erblickte, einen größeren Geldbetrag gestiftet. Es soll der Dank der Nation sein für das von mir gedichtete Deutschlandlied — eine Ehre, die ich um so höher zu schätzen weiß, als Deutschland in der Welt nie zuvor so über alles geliebt wurde wie heute, wo es durch die Vorsehung mit Ihnen beschenkt worden ist. Nur eines bedrückt mich: die Frage, ob Sie den Sinn meines Liedes nicht ein wenig mißverstanden haben. Einigkeit — ich dachte dabei an die Einigkeit aller Deutschen unter meiner schwarzrotgoldenen Flagge. Recht — es war für mich das gleiche Recht für alle, der Freiheit ihrer Gesinnung in Wort und Schrift dienen zu dürfen. Einer Ihrer Unterführer namens Ley hat neulich gesagt, daß in den vergangenen drei Jahren das deutsche Volk glücklicher geworden sei. Seines »Glückes Unterpfand« hatte für mich, in heute allerdings etwas abgelebten Zeiten, wie ich bescheiden zu bemerken wage, einen etwas anderen Sinn.

Immerhin: Sie, mein Führer, entschuldigen mich für die leichte Enttäuschung. Sie wollen, daß aus meinem Geburtshaus ein Museum mit »Erinnerungsstücken« werde,

Sie wünschen sogar, daß Fallersleben demnächst eine »Hoffmann-Woche« veranstalte. Ich glaube, einige Kompetenz zu besitzen, wenn ich Ihnen hiermit Vorschläge zur Ausgestaltung des Museums mit der Bitte um freundliche Prüfung unterbreite.

Im Jahre 1841 erschienen meine »Unpolitischen Lieder«. Es gibt darin Verse, die Ihr geneigtes Ohr zu finden verdienen. Etwa diese:

Noch schlimmer sind und noch verächtlicher, Die da beschönigen, was dumm und schlecht, —

Und das gesunde Urteil eines Volkes Und den Begriff von wahrer Sittlichkeit Mit Gründen zu entstellen sich nicht scheuen: Aus einem Heuchler wird ein Ehrenmann,

Aus einem Lump ein echter Patriot,

Aus einem eitlem Geck ein Mann von Welt. . . Ich möchte, mein Führer, nicht mißverstanden werden. In den vergangenen drei Jahren ist Deutschland dank Ihrer Energie von solchen vormärzlichen Gestalten gesäubert worden. Mein Hohn von damals ist nicht mehr angebracht. Heute gelten diese meine Verse, zu singen nach dem Sandwirt von Passauer:

Alle sind wir unersglichen: Die Gemeinen wie die Feinen, Und die Armen wie die Reichen. Sehn wir hier sich froh vereinen. Gleiches Recht gilt ja für jeden: Jeder kann sich amüsieren, Jeder kann im Freien reden,

Tanzen, springen und spazieren.

Einmal schrieb ich über die unterdrückte Preßfreiheit:

Ja, Ihr habt es nun endlich vollendet: Euch gehört die Presse der Nacht, Denn die Presse des Tags ist geschändet, Und zum ewigen Schweigen gebracht.

Nichts als Lügen und fade Berichte!

Nichts als ewige Lobhudeleien! Das ist unsere neuste Geschichte —

Und es lohnt sich, ein Deutscher zu sein. . .

Wegen solcher Sprüche wurde ich von den damals Herrschenden verfolgt und gehaßt. Man verjagte mich von der Breslauer Universität und verbot mir, über deutsche Literatur zu schreiben und zu sprechen. Ich mußte ein ungestetes Wanderleben führen, von Land zu Land trieben mich polizeiliche Dekrete, meine Lieder trug ich vor wie ein Bänkelsänger, ein verachteter und verstoßener Emigrant:

Und dennoch hält uns nichts zurück; Lebt wohl! Uns treibt es fort. Was hier das arme Herz nicht fand, Ein freies glücklich Vaterland, Leb wohl! Wir suchen's dort. . . . Ist 8d und arm die neue Welt, Frei ist die Luft, frei ist das Feld, Und frei ist Schrift und Wort.

Welche starken Eindrücke dürfte es auf die Besucher des mir gewidmeten Erinnerungsmuseums machen, wenn Sie die in den geheimen Staatsarchiven schlummernden, gegen

Herr Krause will das Rheinland wieder haben

Herr Krause will das Rheinland wieder haben. Das heißt, das Rheinland selber hat er schon. Er kann sich aber nicht am Haben laben. Er meint, man soll dort Schutzengräben graben.

Er wünscht, daß dort Kanonenrohre drohn. Ein Land, das man besetzt, muß man armieren.

Und wer in Stiefeln denkt, der soll marschieren.

Sonst braucht man keine Stiefelschaffnation.

Drum schreit Herr Krause auch nach Kolonien.

Und wenn er wieder Kolonien hat, dann wird er stolz mit durchgedrückten Knien aufs neue laut vom Stimmbändler ziehen: — dem gleichen Rechte eine freie Statt! Heil Oesterreich, Elsaß, Luxemburg und Polen. Der Teufel hole das, was wir nicht holen. Wer Frieden will, der mache uns erst satt. —

Europa hat so viele schöne Staaten. Mein Vaterland, wenn du an Baumnot krankst, dann mache mich zum ewigen Soldaten. Ich will für dich in Blut und Boden waten, solange du es nur von mir verlangst. — Meint ihr, Herr Krause sei ein Weltkriegsschürer?

Ach nein. Er wird geschürt von seinem Führer.

Und hat von nichts als vor dem Führer — — — Angst.

Der Rote Hans.

Wanderer ins Nichts

Vor zwei Jahren erschien ein Roman von Oskar Baum, der den inneren Kampf zweier befreundeter Studenten widerspiegelt: Hakenkreuzler der eine, linksradikal der andere. Beide fest auf dem Boden ihrer Anschauungen stehend, beide die Sterne ihrer Ideale zu ihren Häupten, beide hartnäckig miteinander ringend, wobei der Hakenkreuzler im Laufe der nationalsozialistischen Entwicklung um einige schöne Illustionen ärmer wird, und sich dagegen sträubt, den Rest seiner Ideale zu verlieren. Eine im Kerne tüchtige Jugend, die kämpfend ihren Weg geht, um die Welt zu verändern; junge Intellektuelle, die der geistige Sauerteig jeder Bewegung sind und Führerqualitäten aufweisen.

Es gibt auch ein anderes Lager Intelligenzler: das der Zuschauer und passiven Kritiker. Da sie für den wirklichen politischen Kampf weder genügend Selbständigkeit noch hinreichende Ausdauer aufbringen, machen sie gern aus der Not eine Tugend, bestarren ihren Nabel und glauben damit über den Parteien zu thronen. Ihre Aktivität besteht gelegentlich darin, krittelnd hinter dem Wagen der Geschichte drein zu räsonnieren, statt historische Gesetzmäßigkeiten zu kapieren.

In diesen Tagen erschienen drei Bücher, die symptomatisch für diese Art Geistige sind. Es ist kaum nötig, daß von den drei Autoren die wirkliche Existenz ihrer Hauptpersonen betont wird. Die Verfasser identifizieren sich mit ihren Helden, deren Profil jeder aus eigenem Erleben kennt. Der eine Verfasser, Martin Haller, will mit sei-

nem etwas burschikos gehaltenen, im Europa-Verlag erschienenen Roman »Ein Mann sucht seine Heimat« für die Flucht aus der Politik gewiß nicht unmittelbar Propaganda machen, aber zwischen den Zeilen ertönt der Stoßseufzer: »Wir Unpolitischen sind doch bessere Menschen!« Sein Held ist der klassische intellektuelle Zuschauer, was ihn freilich nicht vor den Gefahren der Zeit schützt. Als im Jahre 1933 die braune Schlammpfütze über Deutschland hereinbricht, wird auch er in den Strudel gerissen und belohnend zu Tode geschleift. Er, der ehemalige österreichische Frontkämpfer, der am Ende des Krieges zu optieren vergaß und staatenlos wurde, glaubte nach langen Irrfahrten und vielen Hungerjahren seine Heimat in einem kleinen deutschen Städtchen gefunden zu haben, in seiner kunstgeschichtlichen Forschungsarbeit für dieses Städtchen. Aber daß er einen linksstehenden Redakteur aus allgemein menschlichen Gerechtigkeitsgründen beispringt, daß er politischen Mord einfach Mord zu nennen wagt, trägt ihm den Haß der braunen Horden ein. Als man ihm gar seine jüdische Abstammung nachweist, wird er halbtot geschlagen und seine Freundin mit dem üblichen Schilde »Judenlieberei« durch die Straßen gezerrt.

Ogleich der also Verfolgte einmal selbst seinem Vorgesetzten ins Gesicht schreit: »Ich weiß, Herr Professor, Sie sind ein objektiver Mensch, Gott behüte einen vor Ihrer Objektivität«, findet er selbst keinen stärkeren Standpunkt. Der Schluß: er flüchtet mit seinem Mädchen über die Grenze. Aber bis zur letzten Seite des Buches hat weder der politische Unfreiwillige, noch sein Dichter er-

kannt oder demonstriert, um was es eigentlich geht. Ein barbarischer Exzeß der Weltgeschichte. Fertig.

Ernsthafter geht der junge Schriftsteller Ernst Erich Noth in seinem Roman »Der Einseitigere« (Schweizer Spiegel-Verlag) an sein Thema heran. Er schildert die Nöte, die Verzweiflung, die Ausweglosigkeit junger Menschen von heute. Studentisches Milieu, mitten drin der junge Günther. Frühzeitig skeptisch geworden, steht er zwischen den Parteien. Die Robheit der Nazioten stößt ihn ebenso ab, wie die primitive Derbflüchtigkeit der Kommunisten. Revolver und Gummiknüppel sind keine Argumente. Doch in die Gedankenwelt der kämpfenden Lager dringt auch er nicht ein. Er erkennt die sachliche Arbeit der Sozialdemokratie, aber sie zeigt ihm zu wenig Willen zur Macht, zur kühnen, radikalen Umwälzung. Menschen in Not nehmen lieber die unberechenbare Unsicherheit des gefährlichen Experiments in Kauf, als die berechenbare Unsicherheit des Herkömmlichen. Ausweglose Jugend pfeift auf Logik und statistische Beweise und verlangt Wagemut. Günther steht zwischen den Extremen; er möchte die Synthese sein, aber die Zeit hat dafür keinen Sinn. So wandert er seinen Weg als Einzelgänger weiter. Wohin? Vielleicht findet er seinen Weg noch, er ist ein Suchender. Aber vorläufig hat auch sein Dichter keine Antwort.

Handelte es sich mit diesen ersten beiden um literarisch ernst zu nehmende Bücher, so ist der dritte, gleichfalls im Spiegel-Verlag erschienene Band der Schundliteratur verwandt. Ein italienischer Emigrant namens Rossi schludert darin die Geschichte eines

Historie und Legende

Bücher über Lafayette, Mazzini und Napoleon

mich gerichteten Achtungsbefehle ausstellen ließen, um zu zeigen, wie man einst in Deutschland — ehe Sie kamen — die Kün- der der Freiheit und der Ehre verfolgte. Nun haben Sie, mein Führer, das Unterpand der nationalen Größe dem deutschen Volke zu- rückeroberet:

O, wie schreit ihr so laut,
Daß das Vaterland in Gefahr ist!
Wie patriotisch! Und doch —
seid ja nur ihr in Gefahr!
Vieles habt ihr studiert, doch eines nur
lerntet ihr gründlich:
Systematisch das Volk machen zum zah-
lenden Knecht...

Und lassen Sie, mein Führer, wenn ich noch
eine Bitte aussprechen darf, nachdem ich nun
von Ihnen nach langer Degradierung in den
parteilich genehmigten Dichtertempel
versetzt worden bin, auf der mir gewidmeten
Woche in Fallersleben die folgenden Verse im
Sprechchor erschallen und im Einverständnis
mit Herrn Göbbels durch den Rundfunk ver-
breiten:

Von allen Wünschen in der Welt
Nur einer mir an jetzt gefällt,
Nur: Knüppel aus dem Sack!
Und gäbe Gott mir Wunsch und Macht,
Ich dächte mir bei Tag und Nacht
Nur: Knüppel aus dem Sack!
Ich gäbe drum, ich weiß nicht was,
Und schlug drein ohn' Unterlaß
Frisch: Knüppel aus dem Sack
Aufs Lumpenpack! Aufs Hundepack!

Womit die Ehre hat, sich mit einem leiden-
schaftlichen »Heil Hitler!« in steter Treue
und Dankbarkeit zu empfehlen

Heinrich Hoffmann
von Fallersleben.

Affen

Die »Frankfurter Zeitung« scherzt:

»Berlin hat sich, in alter Pflege, auch
diesmal wieder handfest in den April ge-
schickt, unter den Normaluhren sah man
diesmal mehr als sonst solche, die gründ-
lich versetzt worden waren, und die Zei-
tungen wollten ihren Lesern summa sum-
marum Affen aufbinden, weshalb sie wohl
keinen einzigen losgeworden sein werden,
wie etwa auch nicht jenen Affen, der in
der Mitteilung einhergesprungen kam, daß
statt der Siegestsäule auf dem Königs-
platz eine neue Friedenssäule errichtet
werden solle, das »höchste Bauwerk der
Erde«, das ein »Beispiel gigantischen Auf-
bauwillens« gebe.«

Friedensaffen ziehen nur im Ausland.

Wie Erna das Dritte Reich sieht

Volksgemeinschaft durch Gymnastik.
In der letzten Nummer der »Theosophi-
schen Kultur« — und das ist eine reichs-
deutsche »Monatsschrift zur Entwick-
lung der höheren Seelen- und Gei-
steskräfte« — schreibt Pg. Erna Pasch:
»Jeder Mensch streckt eine Hand nach
oben, dem älteren Bruder, zu, um mit sei-
ner Hilfe auf eine höhere Stufe der Ent-
wicklung gehoben zu werden, und die an-
dere Hand nach unten, um den gleichen

Ganz so, wie Friedrich Stampfer es un-
längst auf diesen Blättern dattat, ist es nun
doch nicht: daß nämlich die gesteigerte Vor-
liebe unserer Gegenwart für Biographien nur
eine Begleiterscheinung des Faschismus sei,
eine Verbeugung vor dem Führerprinzip, ein
Rückfall in die überwundene fetisch-gläubige
Art der Geschichtsbetrachtung, nach der
»große Männer« nach Belieben die Geschichte
»machen«. Vielmehr sind Monographien be-
deutender Persönlichkeiten mehr als berech-
tigt, wenn sie dem Taustropfen gleichen, in
dem sich das All spiegelt, d. h. wenn sie im
Ablauf eines Einzelschicksals ein Stück Ent-
wicklung erkennen lassen. Zudem ist es alle-
mal ein seelisches Labsal, sich von dem neu-
deutschen Menschenkenntnis, den ein histori-
scher Windstoß in die Höhe gewirbelt hat, und
der lediglich Ekelgefühle hervorruft. Gestal-
ten der Vergangenheit zuzuwenden, über
denen auch im Verfehlen noch ein Abglanz
echter Größe liegt. Das gilt für Lafayette,
den sich Andreas Latzko, das gilt nicht
minder für Mazzini, den sich Adolf Saager
zum Gegenstand der Darstellung gewählt hat.

Beide Werke, das eine bei Rascher & Cie.,
das andere im Europa-Verlag, Zürich, er-
schienen, malen einen Mann auf dem Hinter-
grund seiner Zeit — in sauberer, unterhal-
tender, fesselnder Art, daher entweder ohne
Quellennachweis oder doch ohne Fußnoten
und Anmerkungen. Es sind Bücher, die sich
wie Romane lesen und dabei Einblick in die
Geschichte vermitteln sollen. Allerdings hul-
digen beide etwas zu sehr dem Glauben an
den Zufall: Latzko nennt ihn ein wenig
geschwollen »den allmächtigen Spielleiter,
dessen Laune den Marionettentanz unseres

Liebesdienst dem in der Entwicklung unter
ihm stehenden Bruder zu leisten. Welch
beglückendes Erleben ist es für uns deut-
sche Menschen, zu erfahren, wie die Füh-
rer des deutschen Volkes täglich, stündlich
unter der willigen, freudigen Hingabe ihrer
eigenen Persönlichkeit dieses Opfer jedem
ihrer Volksgenossen bringen und wie durch
die Macht dieses leuchtenden Beispiels das
Bewußtsein der Bruderschaft des Volkes
auch in den Volksgenossen, die erst noch
widerstrebend und zögernd abseits standen,
erwacht...«

Oh, Pg. Erna! Wie bildschön ist das doch
gesagt! Nur — das gerade mit Deinen
»höheren Seelen- und Geisteskräften« — das,
traun für wahr, müdest Du freilich uns zuerst
noch klar machen!

Nur gepumpt

»Mögen auch die kulturschaffenden Men-
schen nicht vergessen, daß sie alle ihre Auto-
rität im Grunde genommen nur ableiten von
der des Führers, und daß alle Vorräte an
Autorität sozusagen ausgeliehen sind
von seiner Autorität.«

(Göbbels auf der Arbeitstagung des Reichs-
kultursenats im Kaiserhof, Berlin.)

Erdenwallens lenkte, und Saager meint: statt
des unfähigen Generals Ramorino ein Gar-
ibaldi an der Spitze des Mazzinischen Put-
sches von 1834, und das Schicksal Italiens
hätte vielleicht einen anderen Verlauf genom-
men. Nun mag eine Zeit, da in Deutschland
ein »Zufall« — der Ostfriesenkandal mit Drum
und Dran — eine schon rückläufige Bande
politischer Abenteurer ans Ruder brachte,
solchem Glauben manche Nahrung zuführen;
gleichwohl verbat er die wahre Einsicht und
Erkenntnis. Auch bringt es die chronologische
Art der Erzählung mit sich, daß die Proble-
me im Leben der beiden Freiheitskämpfer
nicht genug vertieft werden; das Lafayette-
tes bestand darin, daß ein Spröß des Hoch-
adels, wie nicht wenige seinergleichen, die
Sache des Bürgertums zur eigenen machte,
aber die Ansprüche der nachdringenden Mas-
sen nicht zu begreifen vermochte, das Maz-
zini darin, daß seine Stärke wie seine
Schwäche seiner Eigenschaft als ewiger Emi-
grant entfloß. Hätte die oft zwiespältige
Haltung des Vorkämpfers der italienischen
Einheit, dessen geistige Abhängigkeit vom
Saint-Simonismus Otto Voßler vor etlichen
Jahren in einer Spezialstudie nachwies, zur
Arbeiterfrage eine besondere Betrachtung
verdient, so fehlt es beiden Monographien
auch nicht an mehr oder minder groben sach-
lichen Irrtümern. Wenn bei Latzko dem Post-
meister Drouet bei seinem toten Ritt, durch
den er die Flucht Ludwigs XVI. bei Varennes
verleitete, die »Marsollale« »unhörbar um die
Ohren brauste«, ist Geistespeuk im Werke:
Rouget de Lisle schuf seine unsterbliche
Hymne erst im April 1792 und die königlichen
Ausreißer wurden schon im Juni 1791 ge-
stellt! Auch gehört Marat als »Tierarzt des
Grafen Artois« der gegenrevolutionären
Legende an — er war Arzt bei der Edelmanns-
kompagnie dieses Bruders des Königs —, und
ob man Robespierre als »froschblütigen, dür-
ren Provinzadvokaten« und Mirabeau und
Danton als »käufliche Gladiatoren der politi-
schen Arenas« abtun kann, steht wieder auf
einem anderen Blatt. Ebenso weckt bei Saager
der nachlässig mit dem Monokel spielen-
de Karl Marx »im feinen, schwarzen Rock«
einen ganz falschen Eindruck, und ein von
Bebel und Liebknecht gezeichnetes Schreiben
der Sächsischen Volkspartei von 1867, das
von »Trost, dieser deutschen Gründung«
sprach wie vom »Trentino, das seit Jahrhun-
derten ein Teil Deutschlands ist«, mit dem
entrüsteten Ausruf begleiten: »Das war der
deutsche Internationalismus!«, heißt abermals
seltsam auf dem Holzwege sein: Bebel und
Liebknecht als Führer der Sächsischen Volks-
partei dachten großdeutsch, nicht interna-
tional.

Aber Lafayette und Mazzini haben genug
Persönlichkeitsgehalt, um die Bücher, die sich
mit ihnen befassen, trotz solcher Ausrutscher
anziehend zu machen. Möchte Napoleon Lafa-
yette als »Trottel« behandeln, und Mazzini
im Briefwechsel von Marx und Engels als

»alter Esel« auftreten, uns nicht solches sub-
jektive Urteil nicht an. Denn wie gern ver-
nimmt man von Männern, auf deren Stirn die
Flamme eines erhabenen Gedankens brannte,
wenn man eine Weile nur von Phrasen-
dreschern und Vorstadtkomödianten à la
Hitler und Göring, Streicher und Göbbels ge-
hört hat! Große Ideologen und Idealisten wa-
ren Lafayette und Mazzini und hatten auch
dieses gemein, daß sie nur eine kurze Weile
in die Geschichte ihres Landes eingreifen
durften, der eine von 1789 bis 1792 und wie-
der ein wenig um 1830, der andere 1834 und
1848, um für den langen Rest ihres Lebens
von der Entwicklung aufs tote Gleis gescho-
ben zu werden. Aber weil sie den unver-
brüchlichen Glauben hatten, verzagten sie we-
der im Kerker noch im Exil. Für unsere Ge-
neration, die so viel vor der rohen Gewalt
gekrümmte Rücken sieht, hat die Festigkeit,
mit der beide ihrem demokratischen Ideal,
das die eigene Nation wie auch die Mensch-
heit umfaßte, die Treue wahrten, etwas Er-
hebendes. Mazzini verzehrt sich bis zum letz-
ten Atemzug im Dienst seines Wahlspruchs:
»Das Leben ist Mission«, und der greise Lafa-
yette ist noch derselbe, der die Erklärung
der Menschenrechte der Konstituante vor-
legte.

Wenn Joseph Roth ein ungleich stärkerer
Gestalter ist als Latzko oder Saager, ein
großer Meister deutscher Prosa, so verlieren
wir dafür an seiner Hand ganz den Boden
der Wirklichkeit unter den Füßen. Der Na-
poleon, den sein Roman »Die Hundert
Tage« (Allert de Lange, Amsterdam) her-
aufbeschwört, hat mit dem historischen
Rückkehrer von Elba kaum etwas gemein
als den Namen, die Gestalt und die Uniform.
Der wirkliche Napoleon war nach dem
Bankrott von Waterloo ein gar nicht büß-
fertiger Sünder, aber bei Roth fühlt er nach
dem Zusammenbruch »die Seligkeit, die der
Verzicht gewährt«, kostet »die erste Ahnung
von dem Glück, das die Schwäche bereitet,
das die Ergebenheit bescherte, und hält, da
ihm der Unsinn der Gewalt aufgeht, innere
Einkehr wie ein zerknirschter Held Dosto-
jewskis: »Ich glaube nicht mehr an all das,
woran ich immer geglaubt hatte: an die Ge-
walt, an die Macht und an den Erfolg. Noch
kann ich zwar nicht an das andere glauben,
an die Macht, die wir nicht kennen. Aber da-
zwischen stehe ich eben heute. An die Men-
schen glaube ich nicht mehr, und an Gott
glaube ich noch nicht. Ich fühle ihn aber schon
ich beginne schon ihn zu fühlen.« Historie?
Nein, Legende, Mythos, Dichtung — die
Figur Napoleon ist ein zufälliges Gefäß, in
das Roth seine Botschaft an alle gießt.

Aber daß derart ein begnadeter Dichter
gerade den großen Machtmenschen in einen
Verleugner des Machtwahns verwandelt, ist
nicht auch das ein bederter Widerspruch ge-
gen eine Zeit, in der die brutalste Gewalt
dicke Trümpfe auf den Tisch haut?

Pierre Ponce.

jungen italienischen Intellektuellen herunter,
der nacheinander durch die faschistische, die
liberale, die sozialdemokratische und die kom-
munistische Bewegung läuft, um schließlich,
an allem irre geworden, das Heil in der eigen-
nen Seele zu suchen. Ein oberflächliches
Pamphlet, das in Dialog, Milieuschilderung
und Gesinnung gleich minderwertig, unecht
und innerlich unwahrhaftig ist.

Man könnte es damit ad acta legen und
höchstens noch der Verwunderung Ausdruck
geben, daß ein solches Machwerk im gleichen
Verlag erscheinen konnte, in dem die »Moor-
soldaten« herauskamen. Aber gerade dieser
Autor ist typisch für die peinlichste
Sorte Intellektueller, die es gibt: der arro-
gante, mit allen Problemen rasch fertige
Dilettant. Er traut sich im faschisti-
schen Lager herum, aber nicht dessen zu-
sammengeborgte, verlogene Gedankenwelt
stößt ihn ab, sondern die barbarischen Metho-
den. Dieser »Geistige« hospitiert bei allen
Parteien, sieht immer sich im Mittelpunkt
und ist immer bereit, mit fliegenden Fahnen
in ein anderes Lager überzugehen. Ein paar
»Bonzen« gefallen ihm nicht, ein paar Ar-
beiter erscheinen ihm rüd oder primitiv —
und schon läßt er Sache und Idee im Stich.
Sein Autor redet geschwollen von seiner
Seele, weil er keine hat. Mit den Frauen hält
er es wie mit den Fahnen: er geht rasch von
einer zur andern über. Immer ist seine un-
sichtbare Seele nicht genügend beachtet wor-
den. Das quasselt von beseelter Liebe und
huldigt der primitivsten; recht viel und von
der gewöhnlichsten Sorte, wie es bei Wede-
kind heißt. Das ist jener hochnäsige Typus
Intellektueller, der nie und nirgends und in

keinem Fach standhaft sein wird, weil er sich
nie wirklich einer Sache ergeben kann. Daß
Rossi davon nichts weiß und nichts erfährt
und daß Philisterium seines kleinen Ich für
etwas Auserwähltes hält, vollendet das pein-
liche Bild dieses nicht-unbekannten Typs.

Es fällt schwer, Rossis Machwerk neben
die beiden anderen, literarisch annehmbaren
Bücher zu rücken, aber alle drei zeigen einige
gemeinsame Züge, zeigen unfreiwillig die
Hilfslosigkeit und Schwäche des indifferenten
Intellektuellen. Tiefere soziologische Einsicht
fehlt allen diesen Wanderern ins Nichts, den
christlichen Suchern wie den Zuschauenden, den
Ringenden wie den arroganten Dilettanten.
Sie alle führen gehobene Gespräche, die Auto-
ren lassen ihre jungen Menschen sprechen wie
Privatdozenten der Philosophie, sie reden mit-
unter geradezu langweilig druckreif, aber das
Wissen um die Hintergründe des Ge-
schehens ist denkbar schwach. Mehr noch als
durch Enttäuschungen wird durch dieses
Manko die resignierte Abkehr von der Politik
erklärt. Schließlich bleibt ihnen nur noch
die Hoffnung auf das »rettende Weib«, der
Traum so vieler innerlich Schwächlichen.

Einen Schritt weiter, und dieser ausweg-
lose, halbpolitische Snobismus landet in der
Religion des schrankenlosen »Sichauslebens«.
Wie noch alle politischen Erdbeben, so zeit-
tigte auch die mißglückte russische Revolu-
tion von 1905 in den Reihen der russischen
Intelligenz eine solche Welle. Ihren sensation-
ellsten literarischen Ausdruck fand sie in
Artzbaschew's Roman »Sasina«, dessen
Helden und Heldinnen anderen den Kampf
überlassen und die Erfüllung ihres Daseins
lediglich in schrankenloser Sexualität suchen.

Dem krampfigen Rausche folgt der Katzen-
jammer, das Nichts, die völlige Leere, der
Selbstmord. Ein typischer Verlauf.

Nicht jeder ist zum politischen Menschen
geboren, nicht jedem sind die Voraussetzungen
für soziales Kämpfertum gegeben. Man
kann trotzdem ein hochachtbarer Zeitgenosse
sein. Aber wer in diesen Zeiten den passiven
Zuschauer spielt und sich für keine Front
zu entscheiden vermag, soll daraus keine
höhere Tugend machen und den Indifferen-
tismus nicht zur tieferen Lebensweisheit um-
fälschen. B. Brandy.

Jugenderziehung

Die sogenannten NS-Kulturgemeinden füh-
ren der Hitlerjugend einen Freikorpsfilm vor;
er nennt sich »Um das Menschenrechte« und
wird in der Nazipresse also empfohlen:

»Wohl selten ist ein Film so wie dieser
geeignet, der Jugend die traurigen Zeiten
der Novemberrevolte von 1918 vor Augen
zu führen. Die Zeit der Räterepublik; Er-
schließung der Geißeln, die feige Diktatur
landes- und rassefremder Elemente wurde
uns wieder gegenwärtig, ebenso das Sehnen
der Frontsoldaten nach dem wahren Sozia-
lismus, wie ihn der Nationalsozialismus
heute verkörpert. Der Film möge aber un-
sere Jugend daran erinnern: Traurige Zu-
stände würden heute in Deutschland herr-
schen, wenn nicht der Nationalsozialismus
die Herrschaft übernommen hätte.«

Von der ganzen Umsturzeit 1918/1919
wissen sie nichts an Greueln zu berichten als
die Erschließung der Münchener Geißeln. Der
Hitlerjugend muß direkt auffallen, wie we-
nig Blut die Novemberumwälzung kostete —
wenn man von den Greueln der nachmals
braunen Freikorpsbanditen abläßt. Wann
aber wird endlich »die Nacht der langen Mes-

ser« verfilmt? Wann rollt der 30. Juni über
die Leinwand? Wann werden die »Moor-
soldaten« und andere KZ-Berichte gedreht?!

Kulturarbeit

In der Nazipresse fabelt Stabschef Lütze
über die bekannten Kulturkräfte der SA:

»Nirgendwo aber ist das Erlebnis
des Kampfes und Gemeinschaft lebendiger
als in der SA des Führers. Und es ist dar-
um kein Wunder, daß gerade aus ihren
Reihen eine überraschend große Zahl von
jungen Kräften hervorgegangen ist, die
neue Wege künstlerischen Schaffens gingen
und so zu Bahnbrechern wurden für
ein kulturelles Werden, das ebensoweit
entfernt von blutleerem Aesthetizismus wie
von tendenziöser Banalität, den Charakter
unserer Zeit zu prägen beginnt.«

Warum hat man diese gewaltigen Werke
bisher der Öffentlichkeit vorenthalten? Die
weiß nur, daß es nie eine Gemeinschaft ge-
geben hat, aus der soviel gehässige Anek-
dotten gegen die eigenen Führer
hervorgingen. Diese Schöpfungen sind sogar
derart bahnbrechend, daß die Weiterver-
breitung mit Kerker bestraft wird.

Schon um?

Wir empfangen einen Brief aus Nord-
deutschland, in dem es heißt:

»Bei uns führen jetzt SA und SS mit Vor-
liebe ein Reklamestück auf »Kampf um
Deutschland«. Wo immer sie »freiwillige«
Zuhörer zusammenrommeln können,
wird das Schauerdrama losgelassen. Auch ein
Sprechchor gehört dazu: »Erwache, mein
Volk, aus tausendjährigem Wahn«. Die
Leute flüstern einander zu: »Schon um,
die tausend Jahre? Wie die Zeit vergeht!«

